

Protokoll der 5. Sitzung

vom 23. Mai 2011, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Christian Heydecker

Protokoll Erna Frattini und Janine Rutz

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, Richard Altorfer, Theresia Derksen, Andreas Gnädinger, Franz Hostettmann, Beat Hug, Urs Hunziker, Thomas Hurter, Willi Josel, Peter Käppler, Ursula Leu.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, Jürg Tanner.

Traktanden:

Seite

- | | |
|--|-----|
| 1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010 der Schaffhauser Kantonalbank | 211 |
| 2. Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Geschäftsbericht 2009/10 der Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen AG | 217 |
| 3. Postulat Nr. 2011/2 von Iren Eichenberger vom 21. März 2011 betreffend Schaffhauser Antrag an die Axpo – ein zusätzliches Szenario tut not! | 236 |
| 4. Interpellation Nr. 2011/3 von Heinz Rether vom 29. März 2011 betreffend Mitgliedschaft der EKS AG im Nuklearforum Schweiz | 246 |
| 5. Motion Nr. 2011/2 von Daniel Fischer vom 14. März 2011 betreffend Offenlegung von Zuwendungen an Politiker, Parteien und Komitees | 252 |

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 9. Mai 2011:

1. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 10. Mai 2011 betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung 2010 der Schaffhauser Sonderschulen. – Der Bericht ist zur Vorberatung an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen worden.
2. Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Geschäftsbericht und zur Rechnung 2010 der Spitäler Schaffhausen. – Der Bericht ist zur Vorberatung an die Gesundheitskommission überwiesen worden.
3. Antwort der Regierung vom 17. Mai 2011 auf die Kleine Anfrage Nr. 2011/9 von Florian Hotz vom 3. März 2011 mit dem Titel: Regierungsrat als Plattform für die persönliche Profilierung seiner Mitglieder?
4. Kleine Anfrage Nr. 2011/11 von Thomas Wetter vom 22. Mai 2011 betreffend Auslegung von regierungsrätlichen Verordnungen.

Die an der letzten Sitzung eingesetzte Spezialkommission 2011/4 «Revision des Dekrets über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes» setzt sich wie folgt zusammen: Franz Baumann (Erstgewählter), Richard Altorfer, Franziska Brenn, Iren Eichenberger, Andreas Gnädinger, Florian Keller, Bernhard Müller, Jürg Tanner, Gottfried Werner.

*

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Die Gesundheitskommission meldet den Geschäftsbericht 2010 der Spitäler Schaffhausen sowie den dazugehörigen Bericht und Antrag des Regierungsrats als verhandlungsbereit.

Die Geschäftsprüfungskommission meldet folgende Geschäfte als verhandlungsbereit:

- Geschäftsbericht 2010 der Gebäudeversicherung;
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2010 der Schaffhauser Sonderschulen.

Die Spezialkommission 2010/9 «Programm Agglomerationsverkehr» meldet das Geschäft für die zweite Lesung als verhandlungsbereit.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 9. Mai 2011 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010 der Schaffhauser Kantonalbank

Werner Bolli (SVP) tritt in den **Ausstand**.

Eintretensdebatte

Werner Bächtold (SP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Das Jahr 2010 war nach 2009 das zweite Übergangsjahr für unsere Kantonalbank. Mit Übergang ist der Wechsel an der Spitze der Bank – von Kaspar Ottiger zu Martin Vogel – gemeint. Es mussten einerseits restliche Altlasten bereinigt werden, was sich in geringfügigem Ausmass auf das Geschäftsergebnis ausgewirkt hat. Andererseits pflegt Martin Vogel einen anderen Führungsstil als sein Vorgänger. Partizipativ und kooperativ sind die Stichworte dazu. Er delegiert mehr Verantwortung nach unten und überlässt seinen Kadermitarbeitern mehr unternehmerische Freiheit. Ein solcher Kulturwandel löst selbstredend nicht bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Begeisterungstürme aus und benötigt viel Geduld und Fingerspitzengefühl. Gleichwohl ist es richtig, wenn ein neuer Chef wichtige Abläufe und Prozesse neu definiert. Die GPK beurteilt diesen Wechsel insgesamt als sehr positiv und findet, die Kantonalbank sei auf ihrem Weg in eine weiterhin gedeihliche Zukunft auf Kurs. Die Kantonalbank hat im vergangenen Jahr erneut erfolgreich gewirtschaftet. Gesteigerte Geschäftsaktivitäten brachten der Bank mehr Kunden und damit einen Zuwachs bei den Ausleihungen und bei den Kundengeldern. Da das Zinsniveau aber immer noch sehr tief ist, ging trotz des starken Volumenwachstums der Zinserfolg um 4,7 Mio. Franken zurück. Das Zinsengeschäft ist der wichtigste Geschäftszweig der Kantonalbank. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Jahresgewinn mit 35,2 Mio. Franken um 7,1 Prozent unter dem Vorjahr liegt. Der Gewinn ging nicht noch weiter zurück, weil die Bank ihre Kosten im Griff hat, und zwar sowohl beim Personal- als auch beim Sachaufwand. Trotz des Gewinnrückgangs ist die Ausschüttung an den Kanton mit 24,1 Mio. Franken geringfügig höher als im Vorjahr. Das von uns revidierte Kantonalbankgesetz macht das möglich. Der Rest des Gewinns geht in die ordentlichen Reserven.

Im vergangenen Jahr wurden in einigen Bereichen der Kantonalbank bedeutende Investitionen getätigt. Ich erwähne die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, die Entwicklung der Produkte und Dienstleistungen und die Bankinfrastruktur. Sichtbares Zeichen von Letzterem ist die begonnene Neugestaltung der Kundenzone am Hauptsitz. Weniger sichtbar ist die Schaffung von 50 neu möblierten, modernen Arbeitsplätzen im ersten Obergeschoss und an der Vorstadt 57, dort, wo früher die Bäckerei Müller ihren Betrieb hatte.

Die Kantonalbank belegt im interkantonalen Vergleich unter den Kantonalbanken weiterhin einen Spitzenplatz. Wichtige Indikatoren wie der Bruttogewinn oder die Eigenkapitalquote zeigen, wie gesund die Schaffhauser Kantonalbank ist. Anlässlich des jährlich stattfindenden Treffens der GPK mit den Verantwortlichen der Bank kamen auch die Entschädigung der Bankleitung und diejenige des Bankrates zur Sprache. Auch hier hilft der interkantonale Vergleich: Die Entschädigung des Bankrates ist eher bescheiden. Die Geschäftsleitung bezieht marktgerechte Löhne und Boni, welche an das Gesamtergebnis der Bank geknüpft sind. Exzesse wie in anderen Häusern sind damit praktisch unmöglich. Die GPK findet diesen Teil des Geschäftsberichtes absolut in Ordnung und nachvollziehbar.

Ein Ausblick in die Zukunft zeigt, dass die Kantonalbank alle Voraussetzungen hat, um gesund und stark bleiben zu können. Das ist für alle Beteiligten und Betroffenen sehr wichtig: Für den Kanton, für die KMU, welche mit der Kantonalbank geschäften, und für die zahlreichen Privatkundinnen und -kunden. Ein weiterer Blick in die Zukunft zeigt, dass der Bankrat etwas überaltert ist. Man findet Jahrgänge bis 1946. Der Bankrat hat dies erkannt und wird bei den nächsten Wahlen hoffentlich andere Vorschläge unterbreiten und einen Teil der Bankräte auswechseln.

Die GPK empfiehlt Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, einstimmig, auf den Geschäftsbericht einzutreten. Weiter empfiehlt sie Ihnen, die vorgeschlagene Gewinnverteilung zu genehmigen und den Bankrat und den Bankvorstand zu entlasten.

Zum Schluss möchte ich mich bedanken. Einerseits bei den Mitarbeitenden der Bank, welche wiederum sehr gut gearbeitet haben. Andererseits für die Ablieferung der 24,1 Mio. Franken, welche gemessen am Umsatz des Kantons ein ganz stolzer Betrag sind.

Für die SP-AL-Fraktion wird Sabine Spross zum Geschäftsbericht Stellung nehmen.

Martin Kessler (FDP): Die Schaffhauser Kantonalbank hat in einem alles andere als einfachen wirtschaftlichen Umfeld ein gutes Ergebnis erwirtschaftet. Mit einer Eigenkapitalquote von 27,8 Prozent ist die Kantonalbank äusserst solide finanziert und übertrifft auch die künftigen Anforder-

rungen des Bundes bei Weitem. Es hat sich bestätigt, dass der Bankrat mit der Wahl von Martin Vogel als neuem Vorsitzenden der Geschäftsleitung ein glückliches Händchen bewiesen hat. Auch wenn der Stil von Martin Vogel zwischendurch einmal Kritik hervorruft, geben ihm die Resultate recht. Dass sowohl bei den Kundengeldern als auch bei den Ausleihungen eine wesentliche Zunahme erzielt werden konnte, hat nicht zuletzt mit einer aktiveren Verkaufshaltung zu tun. Die Mitarbeiter der Kantonalbank warten heute nicht mehr einfach, bis die Kunden zu ihnen kommen, sondern sie sind eben auch vermehrt draussen an der Front tätig.

Frischer Wind weht auch durch die Bankfilialen. Veraltetes Ambiente wird erneuert und modernisiert, ohne protzig daherzukommen. Und dass es beim Sponsoring immer Unzufriedene gibt, liegt in der Natur der Sache: Nichts scheint schwieriger zu sein, als Geld gerecht zu verteilen!

Die Kantonalbank ist nicht nur eine wichtige Arbeitgeberin, sondern sie schafft es auch noch, trotz mehr Mitarbeitender, die Personalkosten zu senken – vielleicht kann da unsere Verwaltung noch etwas lernen!

Meine Damen und Herren, die Kantonalbank ist und bleibt (trotz tiefem Frauenanteil im Kader) unser liebstes Kind! Wer sonst gibt uns, trotz tieferem Gewinn, noch mehr ab als im Vorjahr?

Wir gratulieren und danken dem Bankrat, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden für den Einsatz, nicht zuletzt zum Wohle unseres Kantons.

Sabine Spross (SP): Gerne gebe ich Ihnen die Stellungnahme der SP-AL-Fraktion zum Geschäftsbericht der Schaffhauser Kantonalbank bekannt. Die Bank hat ihre Aufgabe in einem schwierigen Umfeld mit Unsicherheiten bei den Währungen, weltweiten Steuerdiskussionen mit grossen Auswirkungen auch auf die Schweiz und tiefen Zinsen wiederum gut gemeistert. Dass der Gewinn unter diesen Prämissen geringer ausfiel als im Vorjahr, ist daher nicht erstaunlich. Erfreulich ist aber trotz dieses leichten Einbruchs, dass die Ablieferung an den Kanton dennoch höher ausgefallen ist als letztes Jahr. Dies dank der im letzten Jahr beschlossenen Änderung des Kantonalbankgesetzes, die eine gewisse Flexibilität bezüglich Reservenbildung zulässt. Meine im letzten Jahr zu diesem Thema geäusserte Skepsis hat sich nicht bewahrheitet. Darüber bin ich froh.

In personeller Hinsicht ist festzuhalten, dass 2010 ein weiteres Übergangsjahr gewesen ist. Der Kulturwandel in der Führungsstruktur muss zuerst implementiert und umgesetzt werden. Dass daran nicht alle Mitarbeitenden Freude haben, ist verständlich. Die SP-AL-Fraktion ist aber überzeugt, dass die Geschäftsleitung unter dem Vorsitzenden Martin Vogel auch diesbezüglich gut auf Kurs ist und ein aktives Change Mana-

gement betreibt. Früchte tragen offenbar auch die Frauenförderung und Job-Sharing-Modelle, immerhin sind in der Zwischenzeit 6 von 40 Prokuristinnen und Prokuristen weiblich. Das freut unsere Fraktion, auch wenn es zur sogenannten «Teppichetage» immer noch ein langer Weg ist, die gläserne Decke offensichtlich schwer zu durchbrechen ist.

Geschäftsseitig gelang es, das Businessvolumen zu steigern und eine beachtliche Anzahl neuer Kunden zu gewinnen. Entsprechend fiel auch der Kantonalbankenvergleich in vielen Bereichen zugunsten der Schaffhauser Kantonalbank aus. Das ist sehr erfreulich. Mit der Finanzierung im Rahmen der KMU-Initiative, welche 2009 ins Leben gerufen wurde, konnten Überbrückungsfinanzierungen bei Nachfolgeregelungen und Ausbaufinanzierungen vorgenommen werden, was sich positiv auf das Gewerbe auswirkt.

Bei einem Finanzinstitut sind immer wieder – auch wenn diese aktiv bewirtschaftet werden – gefährdete Forderungen zu verzeichnen. Mit der Bildung ausreichender Rückstellungen kann den Unsicherheiten jedoch in genügendem Masse Rechnung getragen werden. Die Fraktion ist auch hier überzeugt, dass der Bank diesbezüglich keine Risiken drohen.

Mit Genugtuung haben wir zudem Kenntnis davon genommen, dass die Entschädigungspraxis der Organe moderat ausfällt und dem Bankrat keine Boni ausbezahlt werden. Mit Interesse werden wir im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren zudem die Wachablösung im Bankrat verfolgen. Eine sorgfältige Auswahl dieses Gremiums bietet Gewähr, dass die Schaffhauser Kantonalbank weiterhin auf dem Boden der Realität bleibt und ihren Auftrag auch zum Wohle des Kantons und seiner Bevölkerung wahrnehmen kann. Abschliessend sei nochmals erwähnt, dass sich die SP-AL-Fraktion über die Ablieferung von 24,1 Mio. Franken an den Kanton Schaffhausen freut.

Die SP-AL-Fraktion tritt somit auf den 128. Jahresbericht der Schaffhauser Kantonalbank ein, heisst die Anträge betreffend die Verteilung des Gewinns des vergangenen Geschäftsjahres gut, entlastet den Bankrat und den Bankvorstand und bedankt sich insbesondere bei den Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

Andreas Bachmann (SVP): Die Spitzentruppe um Martin Vogel zementiert den Erfolgskurs. Im Namen der SVP-JSVP-EDU-Fraktion danke und gratuliere ich den Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und dem Bankrat zum hervorragenden Resultat in einem im Vergleich zu den Vorjahren verbesserten, aber immer noch schwierigen Geschäftsumfeld. Die publizierten Kennzahlen zeichnen ein eindrückliches Bild seriöser und erfolgreicher Geschäftstätigkeit.

Tiefe Zinsen, Euro-Absicherung, Abstriche beim Bankgeheimnis und höhere Kreditrückstellungen liessen einen leicht unter dem Vorjahr liegen-

den Reingewinn erwarten. Die Diskussion um das Bankgeheimnis belastete erwartungsgemäss das Private-Banking-Geschäft im Ausland, sprich in Deutschland. Es ist zu hoffen, dass alle Kreditrückstellungen eines Tages wieder aktiviert werden können. Sehr erfreulich findet unsere Fraktion, dass trotz kleinerem Gewinn die Ausschüttung an den Kanton um 0,5 Mio. Franken höher ausgefallen ist als im Vorjahr. Bedeutende Investitionen werden in die Ausbildung der Mitarbeitenden, in die Verkaufsaktivitäten, in die Produktentwicklung und in die Bankinfrastruktur fliessen, wie dies Werner Bächtold bereits erwähnt hat.

Als Mitglied der GPK war ich bei der Präsentation der Rechnung der Kantonalbank anwesend. Es blieben keine Fragen unbeantwortet. Unsere Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht 2010 der Schaffhauser Kantonalbank mit Überzeugung zu.

Regula Widmer (ÖBS): Das Geschäftsjahr 2010 der Schaffhauser Kantonalbank kann als erfolgreich bezeichnet werden. Ein sehr gutes Ergebnis in einem schwierigen Umfeld. Der Gewinn reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr, die Ablieferung an den Kanton erhöhte sich dank der veränderten gesetzlichen Bestimmungen.

Der Schaffhauser Kantonalbank ist es gelungen, in einem schwierigen Umfeld ihre Position zu bewahren, zu stärken und in entscheidenden Sparten Geschäftsanteile dazuzugewinnen. Der Rückgang des Zinserfolgs hat vor allem mit der vorausschauenden Bilanzabsicherung, dem reduzierten Spielraum bei den Passivzinssätzen sowie dem anhaltenden Margendruck im Hypothekengeschäft zu tun.

Durch den Wechsel an der Bankspitze sind auch kulturelle Veränderungen in der Schaffhauser Kantonalbank eingeleitet worden. Dieser Kulturwandel benötigt Zeit, daher wurde das Jahr 2010 als Übergangsjahr bezeichnet, ebenso wird das Jahr 2011 ein solches sein.

Die ÖBS-EVP-Fraktion ist erfreut, dass die Kantonalbank trotz dieser internen Veränderungen eine stabile Geschäftslage und hohe Sicherheitsreserven vorweisen kann. Wenn die auf Bundesebene diskutierten Verschärfungen der Eigenkapitalquote umgesetzt werden sollten, so ist die Schaffhauser Kantonalbank mit einer risikogewichteten Eigenkapitalquote von über 27 Prozent im schweizweiten Bankenvergleich hervorragend positioniert. Mit Freuden dürfen wir sagen: Unsere Schaffhauser Kantonalbank ist eine gesunde Bank!

Der anhaltende Zuwachs an Kundengeldern zeigt, dass die Kantonalbank das Vertrauen der Kunden genießt. Die Herausforderung besteht nun darin, die überschüssige Liquidität ertragbringend und sicher anzulegen. Hier wird eine vorsichtige Anlagestrategie betrieben, eine übertriebene Risikobereitschaft würde sich nicht auszahlen.

Wiederum beschäftigt die Kantonalbank mehr Mitarbeiter als im Vorjahr. Erfreulich ist ebenfalls, dass Juniorkundenberater weiter gefördert werden. Auch dafür danken wir der Schaffhauser Kantonalbank. Gut ausgebildetes und motiviertes Personal gilt als Hauptfaktor für ein erfolgreiches Unternehmen!

Den Mitarbeitenden und den leitenden Organen der Schaffhauser Kantonalbank gebührt ein herzlicher Dank für ihre engagierte Arbeit, welche dieses sehr gute Resultat im Jahr 2010 ermöglicht hat, sowie den Kunden für die Treue zur Schaffhauser Kantonalbank.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird den Anträgen der GPK folgen und dem Geschäftsbericht zustimmen.

Regierungsrat Ernst Landolt: Ich habe als neues Vorstandsmitglied der Kantonalbank und auch als neues Mitglied des Bankrats eine sehr gute Bank angetroffen. Wie wir nun aus den Fraktionen gehört haben, kann man sagen, dass die Bank sehr gut aufgestellt ist. Die Ergebnisse sind hervorragend, und zwar in einem in den letzten beiden Jahren nicht sonderlich einfach gewesenen Umfeld. Was auch noch zu erwähnen ist: Wir haben bei der Schaffhauser Kantonalbank einen neuen Direktor. Das hat dazu geführt, dass ein gewisser Kulturwandel eingetreten ist.

Meine Beobachtungen im ersten Quartal dieses Jahres haben gezeigt, dass die Bank sehr gut geführt ist. Natürlich gibt es immer Nebengeräusche, wenn an der Spitze eine Änderung vorgenommen wird. Ich danke Ihnen ganz herzlich für das Vertrauen, das Sie gegenüber der Kantonalbank zum Ausdruck gebracht haben. Ich freue mich sehr über die gute Situation bei der Schaffhauser Kantonalbank. Das heute ausgesprochene, einhellige Lob und den Dank werde ich gerne an die Spitze und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schaffhauser Kantonalbank weitergeben. Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

Mit 48 : 0 wird der Geschäftsbericht 2010 der Schaffhauser Kantonalbank genehmigt und dem Bankrat sowie dem Bankvorstand Entlastung erteilt.

Kantonsratspräsident Christian Heydecker (FDP): Im Namen des Kantonsrates spreche ich der Geschäftsleitung sowie sämtlichen Mitarbeitenden ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz im vergangenen Jahr aus. – Das Geschäft ist erledigt.

*

2. Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Geschäftsbericht 2009/10 der Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen AG

Grundlagen: Amtsdrukschrift 11-21
Geschäftsbericht 2009/10 der EKS AG

Kantonsratspräsident Christian Heydecker (FDP): Der Bericht ist lediglich zur Kenntnis zu nehmen, weshalb es zu diesem Geschäft weder eine Eintretensdebatte noch eine Detailberatung gibt. Zur Einführung erteile ich das Wort dem Sprecher der GPK.

Erich Gysel (SVP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Die GPK hat den Bericht und Antrag des Regierungsrates sowie den Geschäftsbericht 2009/10 der EKS AG zur Kenntnis genommen. Der Stromabsatz ist gestiegen, die Margen sind gesunken. Der tiefere Eurokurs hat sich negativ auf das Betriebsergebnis ausgewirkt; es ist von 10 Mio. Franken auf 7 Mio. Franken gesunken. Immerhin werden dem Kanton noch 6,8 Mio. Franken abgeliefert. Herzlichen Dank. Der Dank geht auch an alle Mitarbeitenden der EKS AG, die zum guten Ergebnis beigetragen haben. Es bleibt ein Wunschtraum, den Strom günstig abzugeben und erst noch einen Gewinn zu erzielen.

Zum Schluss noch eine Bauernweisheit: Je ökologischer eine Milchkuh gehalten wird, umso weniger Milch wird sie geben. Sie bewegt sich etwas mehr, frisst vom alten Ökoheu weniger, lebt dadurch vielleicht gesünder, aber sie gibt weniger Milch. Und so verhält es sich auch bei der EKS AG: Wenn sie den ganzen Strauss von parlamentarischen Öko-Vorstössen fressen muss, wird der Ertrag geringer ausfallen.

Alfred Tappolet (SVP): Vielleicht erinnern Sie sich noch an mein Votum anlässlich der Diskussion über den letzten Jahresbericht der EKS AG. Es ging damals um die Einspeisevergütung der EKS AG für Naturstrom aus Solaranlagen. Nun ist ein Jahr vergangen. Die 2008 eingeführte Naturstrombörse war und ist nicht so erfolgreich, wie dies im Geschäftsbericht mit grossen Worten beschrieben wird. Wie heisst es doch so schön im Geschäftsbericht der EKS AG: «Der grosse Vorteil der Naturstrombörse

liegt darin, dass die Kunden den Strom jenes Produzenten auswählen können, der ihnen am sympathischsten ist.»

Lassen Sie mich Ihnen die Story über den Naturstrom der EKS AG von Anfang an erzählen. Wir kennen die Naturstromproduktion über die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) vom Bund. Leider sind dort die meisten Gesuche zurückgestellt worden, weil das Geld fehlt. Dieses Produkt wird mit einer kostendeckenden Einspeisevergütung vermarktet. Alle anderen, privat erstellten Solaranlagen müssen Einspeiseverträge mit der EKS AG abschliessen. Letzten Oktober habe ich einen solchen Liefervertrag mit der EKS AG abgeschlossen: 50 Rappen pro kWh für den Verkauf an der Naturstrombörse. Im Januar 2011 wurde dieser Betrag auf 45 Rappen reduziert. Dies konnte ich verkraften, weil gleichzeitig der Verkaufspreis des Solarstroms von 75 Rappen auf 60 Rappen pro kWh gesenkt wurde. Im April 2011 kam dann die erste Gutschrift für sage und schreibe 15,4 Rappen pro kWh. Meine Nachfrage hat ergeben, dass mein Strom eben nicht vollumfänglich verkauft werden konnte – obwohl ich per Vertrag der EKS AG das alleinige Vertriebsrecht für meine Solarstromproduktion abtreten musste. Ich zitiere aus dem Vertragstext: «Die EKS AG erwirbt sich damit das exklusive Vermarktungsrecht für diese Liefermenge.» Auf die exorbitante Marge von 15 Rappen pro kWh, welche von der EKS AG für meinen Strom kassiert wird, habe ich keinen Einfluss. Gemäss der Statistik der Naturstrombörse hat das Unternehmen nur seinen eigenen Solarstrom zu 100 Prozent vermarktet. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn die EKS AG produziert nur für fünf Haushalte Solarstrom.

Diese Naturstrombörse ist schlicht ein Skandal. Hier muss sich ein Produzent von Solarstrom seine eigenen Kunden suchen, obwohl das Vermarktungsrecht alleine bei der EKS AG liegt. Gehen Sie einmal zu Migros oder zu Coop und verlangen Sie Kartoffeln, welche von Bauer XY produziert wurden. Sie können wohl Bio-, regional produzierte oder Schweizer Produkte kaufen. Sie können auch Produkte kaufen, auf denen zu lesen ist, wer sie produziert hat. Das Risiko für den Verkauf liegt aber immer beim Betreiber des Verkaufsladens. Bei der Naturstrombörse wird das Risiko auf den Produzenten abgewälzt.

Ich frage den Energiedirektor an, warum die EKS AG dieses Spiel mit der Naturstrombörse nicht auch für andere Energieproduzenten anwendet, so zum Beispiel für Atomstrom. Die Kunden können sich das Atomkraftwerk auslesen, von welchem sie Strom beziehen möchten. Da würde es vielleicht für die Kunden an der Atomstrombörse heissen: Wollen Sie Strom aus einem Atomkraftwerk in Polen, in Frankreich oder von einem Meiler im Elsass, welcher demnächst stillgelegt wird? Gleichzeitig könnte über die Sicherheitsstandards auf dieser Plattform orientiert werden.

Die Naturstrombörse dient einzig und allein dazu, dass Solarstrom in der Produktion eingeschränkt werden kann und der EKS AG keine Kosten entstehen. Mit schönen Worten wird ein Modell beschrieben, welches das gleiche Unternehmen für die übrigen Stromproduktionsarten wohlweislich nicht anwendet. Beim Atomstrom wäre ein solches Modell schlicht markt-schädigend. Ich werde den EKS-Bericht formell wohl zur Kenntnis nehmen. Ich kann aus dem Bericht aber keine zukunftstauglichen Strategien für Alternativenergien feststellen.

In diesem Saal gibt es zwei Produzenten von Solarstrom. Es sind dies Martina Munz und meine Wenigkeit. Ich mache jetzt Werbung für meinen produzierten Strom. Sie können ihn kaufen, damit ich endlich meine Wechselrichter ersetzen kann, die in die Jahre gekommen sind. Ich kann Ihnen noch mitteilen, wie viel Strom aus Solaranlagen produziert wird: Die EKS AG produziert in den eigenen Anlagen 0,02 Mio. kWh. Im ganzen Kanton Schaffhausen werden aus Solaranlagen 0,7 Mio. kWh produziert. Und allein im Versorgungsgebiet der EKS AG in Deutschland werden 4,3 Mio. kWh Solarenergie produziert. So sieht das Verhältnis aus. Ich hoffe sehr, dass unser Energiedirektor diese Strategien für Alternativenergien bei der EKS AG sehr energisch vorantreiben wird, ansonsten wir in Zukunft ein grösseres Problem haben werden.

Thomas Wetter (SP): Das Referat meines Vorredners hat mir Freude gemacht. Vielleicht ergeben sich, was die Ausrichtung der zukünftigen Energiepolitik im Kanton Schaffhausen betrifft, neue Verbindungen.

Dass man den vorliegenden Geschäftsbericht nur formell zur Kenntnis nehmen kann, löst bei mir ein Gefühl der Ohnmacht aus. Wiederum müssen wir nämlich dem Geschäftsbericht die alten Lügengeschichten der Axpo vom nahezu CO₂-freien Atomstrom entnehmen. Wir lesen, dass die selbstkonstruierte Stromlücke nur mit dem Zubau inländischer Kapazitäten geschlossen werden könne und – das Fukushima-Debakel lässt grüssen – dass der Energiemix aus Wasserkraft, Atomstrom und lächerlich wenigen Prozenten neuer erneuerbarer Energien eine hohe Versorgungssicherheit und günstige Preise garantiert.

Dass dies hoffentlich der letzte Geschäftsbericht in diesem Stil sein wird, merkt man im Bericht an die Aktionäre, wo noch munter vom Ersatz der alten Atomanlagen gesprochen wird. Fukushima hat wieder deutlich aufgezeigt, dass der Mensch, dieses intelligente Wesen, nicht aufgrund von Einsicht, sondern nur aufgrund von äusserem Zwang sein Verhalten ändert. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Es könnte ja sein, dass im nächsten Geschäftsbericht der EKS AG ein klarer Paradigmenwechsel erkennbar sein wird. Unser zaudernder Baudirektor wartet jetzt noch den nächsten Mittwoch ab, um zu sehen, wie der Bundesrat die Atomzukunft sieht. Dann wird er den längst fälligen Bericht zu meinem vor über zwei

Jahren eingereichten Postulat zum Ausstieg aus der Atomenergie vorlegen. Es könnte ja sein, dass er dann beflügelt sein wird, die grüne Region am Randen und Rhein in eine energieautarke Zukunft zu führen. Die EKS AG könnte sich aus den Klauen der Axpo lösen und aktiver werden im Beschaffen neuer erneuerbarer Energien. Man wird vielleicht die Zusammenarbeit mit Genossenschaften wie Solarcomplex suchen, die auf dem besten Weg ist, die Region Hegau-Bodensee mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Vielleicht wird man sich an den städtischen Werken von Zürich und Basel orientieren, die aufzeigen, wie man ins Netz eingespeisten Solarstrom vergüten kann.

Meine Damen und Herren, wir stehen an einer Energiewende. Unser Nachbar Deutschland, Exportweltmeister und Wirtschaftsmacht Nr. 1 in Europa, wird uns vorzeigen, in welche Richtung eine zukunftsweisende Energiepolitik gehen wird. Ich hoffe, dass wir nicht einmal mehr den Anschluss verpassen.

Regula Widmer (ÖBS): Der Geschäftsbericht der EKS AG wurde von der ÖBS-EVP-Fraktion zur Kenntnis genommen. Das Unternehmensergebnis von 7 Mio. Franken liegt deutlich unter demjenigen des Rechnungsjahrs 2008/09. Der konjunkturelle Einbruch der letzten beiden Jahre konnte dank der verbesserten wirtschaftlichen Lage kompensiert werden. Die Grosskunden beziehen wieder mehr Strom, doch der tiefe Eurokurs leistet seinen Beitrag zum tieferen Unternehmensergebnis.

Würde weniger Strom konsumiert, würde uns das grundsätzlich freuen. In den letzten 20 Jahren stieg der Verbrauch jedoch um 20 Prozent. Es kann nicht sein, dass der jährliche Anstieg des Stromverbrauchs mit Atomstrom ausgeglichen wird. Für uns ist es wichtig, dass die erneuerbaren Energien noch konsequenter gefördert und ausgebaut werden. Alfred Tappolet hat vor zehn Minuten von zwei Solarstromproduzenten in unserem Kanton gesprochen. Ich kann Sie beruhigen: Es hat eine wunderbare Vermehrung stattgefunden, denn mir sind bereits vier bekannt. Wenn das so weitergeht, sind wir auf einem guten Weg. Die Förderung der erneuerbaren Energien muss als Folge davon angesehen werden, dass die Gefährlichkeit der Atomstromproduktion durch den GAU in Fukushima wieder einmal schonungslos aufgezeigt wurde. Einerseits müssen die Rahmenbedingungen für die Abgeltung des ökologischen Mehrwerts überdacht und die hohen Netzkosten infrage gestellt werden, so dass von einer fairen Abgeltung gesprochen werden kann. Andererseits – und das ist die unbequeme Wahrheit – müssen wir alle auch bereit sein, unseren Stromkonsum zu überdenken und zu drosseln.

Wir freuen uns daher vor allem dann, wenn durch Einsparungen weniger Energie verbraucht wird, und nicht, weil es der Wirtschaft schlecht geht.

Aus unserer Sicht sollte die EKS AG zukünftig vermehrt im Bereich Einspar-Contracting aktiv werden. Nicht die verkaufte Energie, sondern die eingesparte Kilowattstunde soll im Vordergrund stehen.

Die Gewinnausschüttung von 3,68 Mio. Franken ist für unseren Kanton eine erfreuliche Sache. Ein Teil der Dividende, 1,2 Mio. Franken, wird an die Axpo ausgeschüttet. Die Abhängigkeit von der Axpo freut uns nicht. Die ÖBS-EVP-Fraktion unterstützt die Geschäftspolitik der Axpo AG nach wie vor nicht!

Die EKS AG verkauft sehr viel Atomstrom. Dieser wird hauptsächlich durch die Axpo AG bezogen. Da der Strommix von jedem Kunden separat bestimmt werden kann und die meisten Personen dies gar nicht beachten, unterbreitet die EKS AG im Mix grundsätzlich immer einen grossen Anteil Atomstrom. Dies könnte durchaus auch anders sein. Es würde uns freuen, wenn sich hier die EKS AG mutig zeigen und einen Schritt in eine neue Richtung wagen würde. Deshalb sollte im Grundsatz vermehrt Strom aus erneuerbaren Energieträgern (Wasser, Wind, Sonne) angeboten werden. Mit einer konsequenten Förderung erneuerbarer Energien kann in diesem Bereich eine bessere Selbstversorgung erreicht werden.

Wir wünschen uns, dass die Vereinbarungen zwischen dem Kanton und der EKS AG den Willen des Kantonsrates, welcher sich in verschiedensten Motionen und Postulaten klar positioniert hat, in den Unternehmensstrategien deutlicher abgebildet werden.

Die ÖBS-EVP-Fraktion anerkennt die unternehmerische Leistung der EKS AG und dankt der Geschäftsleitung, dem Verwaltungsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz, der zu diesem für den Kanton Schaffhausen guten Ergebnis geführt hat.

Martin Kessler (FDP): Die FDP-JF-CVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2009/2010 der EKS AG an ihrer letzten Sitzung behandelt. Zwar ist das Unternehmensergebnis mit rund 7 Mio. Franken um einiges tiefer ausgefallen als im Vorjahr, verglichen aber mit früheren Jahren ist es immer noch auf sehr hohem Niveau. Dies ist umso erfreulicher, weil bekanntlich der Kanton mit 75 Prozent an der Dividende partizipiert. Da gemäss Geschäftsbericht die Margen im Stromgeschäft sinken, sind für die Zukunft keine grossen Mehrerträge zu erwarten. Umso wichtiger ist es, dass wir als Politiker der EKS AG ihren Handlungsspielraum belassen, damit sie in diesem stark reglementierten Markt optimal agieren kann. Wir dürfen die EKS AG nicht mit Aufgaben belasten, welche sich zusätzlich im sowieso schon steigenden Strompreis niederschlagen. Der im Vergleich zu den angrenzenden Versorgungsgebieten momentan günstige Strompreis ist ein wichtiger Standortvorteil, speziell für die produzierende, energieintensive Industrie. Fatal wäre es, wenn wir mit viel Aufwand ein paar Dienstleistungsunternehmen ansiedeln könnten und gleichzeitig

langjährig ansässige, energieintensive Betriebe verdrängen würden. Wir brauchen schliesslich nicht nur Jobs für Akademiker, sondern eben auch solche für «normale» Berufsleute.

Wir jedenfalls freuen uns über die Ausschüttung von 3,7 Mio. Franken und bedanken uns bei der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der EKS AG. Sie sorgen dafür, dass uns täglich ein Licht aufgeht, und leisten jährlich einen substanziellen Beitrag an die Kantonseinnahmen.

Urs Capaul (ÖBS): Man soll immer mit etwas Positivem beginnen. Es ist erfreulich: Der Geschäftsbericht ist auf hochwertigem Recyclingpapier gedruckt, welches zu 100 Prozent aus Altpapier besteht. Gratulation auch zur ISO-Zertifizierung nach ISO 14'001 Umweltmanagementsysteme.

Nun zum Bericht der EKS AG. Er ist eindeutig vor Fukushima geschrieben worden. Für mich unverständlich ist die strahlende Botschaft des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), welche im Geschäftsbericht der EKS AG prominent zitiert wird, dass die Strompreise in der Schweiz im europäischen Vergleich am billigsten seien. Diese Aussage belegt nur, dass der Staat und die Allgemeinheit für die externen Kosten der Atomkraft aufzukommen haben. Würde nämlich der Preis für die Versicherungen und die dauernde Überwachung der Abfälle für die kommenden 100'000 Jahre auf die heutigen Atomstrombezüger überwältigt, wäre kein Atomkraftwerk rentabel. Zu diesem Resultat sind auch andere bereits gekommen. Es ist also nichts Neues. Zudem gilt in den Wirtschaftswissenschaften der Preis als Knappheitssymbol eines Gutes. Der Geschäftsbericht weist darauf hin, dass der Stromverbrauch in der Schweiz und im EKS-Versorgungsgebiet zugenommen hat und weiterhin zunimmt. Offensichtlich ist Elektrizität nirgendwo knapp, denn sonst müssten die Preise ja steigen. Die heutige Jammerei wegen einer Stromlücke ist folglich nicht nachvollziehbar. Sollte Strom dereinst tatsächlich knapp werden, müsste der Preis gemäss der Theorie über Angebot und Nachfrage deutlich steigen. Und dann wären Investitionen in die Energieeffizienz beziehungsweise in die erneuerbaren Energieträger plötzlich interessante Alternativen. Oder mit andern Worten: Ohne die Verrechnung der tatsächlichen Energiekosten haben die Konsumenten wie auch die Produzenten und die Verteiler wenig Interesse, an der heutigen komfortablen, aber wenig zukunftsgerichteten Situation etwas zu ändern.

Weiter zitiert der Geschäftsbericht das Bundesamt für Energie, wonach nur wenige Grossbezüger in der Schweiz trotz Marktliberalisierung ihren Lieferanten gewechselt haben. Meines Erachtens hängt dies weniger mit der Marktöffnung als vielmehr mit den zu tiefen Strompreisen zusammen. Wenn die Kosteneinsparung als Folge eines Lieferantenwechsels im Vergleich zu den übrigen Betriebsaufwendungen klein ist, dann lohnt sich

der ganze Aufwand für einen Wechsel eben nicht. Die Kostenunterschiede zwischen den einzelnen Anbietern müssten deutlich höher sein oder es müssten qualitative Unterschiede damit einhergehen, sprich ökologisch produzierter Strom. Wo denn sonst als in der Schweiz können die Schweizer Unternehmen günstigeren Strom beziehen? Dies besagt der VSE ganz klar. Die Marktliberalisierung ist deshalb meines Erachtens eine Farce. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es sich bei der Stromversorgung in der Schweiz um eine Art Oligopol-situation handelt, wo sich ein paar Anbieter den Strommarkt untereinander aufteilen. Und Monopol- und Oligopolbetriebe gehören klar in die Hände des Staates, damit nicht nur eine Gewinnmaximierung, sondern auch eine Ökologisierung der Stromversorgung und ein nachhaltiger Netzunterhalt und -ausbau gewährleistet sind.

Zur Ökologisierung der Stromversorgung gehört auch, dass verstärkt auf neue erneuerbare Energien gesetzt wird. Im Geschäftsbericht weist die EKS AG nach, dass die Unternehmung bereits sieben Fotovoltaikanlagen finanziert hat und die Anlagen auch selbst betreibt. Dabei wurden, man höre und staune, 20,5 MWh Strom produziert. Dies macht 0,006 Prozent des an Schweizer Kunden verkauften Stroms aus beziehungsweise – bezogen auf das gesamte EKS-Versorgungsgebiet – 0,003 Prozent. Hier wünschte ich mir doch etwas mehr Elan und Engagement, denn immerhin hat die EKS AG ihren AKW-Strom von folglich 80 Prozent ihrer Stromlieferungen durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Statt lust- und freudlos in eigene Solarstromanlagen zu investieren, könnte die EKS AG attraktive Rückliefertarife für die Privatkunden anbieten, denn was heute vergütet wird, ist auch im schweizerischen Quervergleich – Kassensturz lässt grüssen – sehr bescheiden. Es ist fast zum Weinen. Wenn schon zukünftig vermehrt dezentral ins Niederspannungsnetz eingespeist wird, so braucht es zwingend den Aufbau von intelligenten Netzen, von Smart Grids, und die Wiedereinführung des Powermanagements. Was bereits bei den Hochspannungsnetzen Norm ist, muss auch lokal im Kleinen geschehen: eine Netzsteuerung, welche die Erzeugung und den Verbrauch des Stroms permanent aufeinander abstimmt. Es wäre zudem wünschbar, wenn die EKS AG analog der Stadt Zürich ihr Grundangebot an Stromkonsumenten auf Wasserkraft ausrichten würde. Gemäss Entscheidung der ElCom ist dies rechtlich zulässig, sofern die Entscheidungsfreiheit des liberalisierten Kunden nicht eingeschränkt wird.

Zum Abschluss wieder etwas Erfreuliches: Die Bemühungen der EKS AG, die öffentliche Beleuchtung energetisch zu verbessern, sind sinnvoll. Dazu gehört aber auch, dass nicht nur Lampen mit geringerer Leistung installiert werden, sondern das Licht nachts gelöscht wird, also dann, wenn es nicht mehr gebraucht wird. Dies vermindert die Lichtverschmutzung und den Stromverbrauch am effizientesten.

Martina Munz (SP): Ich möchte auf verschiedene Seiten im Geschäftsbericht eingehen und beginne mit der Seite 13. Der Geschäftsbericht ist ja nicht gerade spannend zu lesen. Er strotzt von Allgemeinplätzen, und wenn es wirklich einmal interessant werden könnte, kommt im Satz ein Punkt. Das tönt dann so: «Im Berichtsjahr fanden zwei Aussprachen zwischen dem Verwaltungsrat und dem Regierungsrat statt. Dabei wurden insbesondere der Geschäftsabschluss und die strategische Ausrichtung diskutiert.» Dann der Punkt – ohne Fortsetzung – genau da, wo der Bericht eine interessante Information vermitteln könnte. Meine Frage an den Regierungsrat: Wurde die strategische Ausrichtung nur diskutiert oder hat der Regierungsrat seine Verantwortung wahrgenommen und auch strategische Zeichen gesetzt sowie verbindliche Beschlüsse gefasst? Solche Beschlüsse würden uns natürlich interessieren. Ist der Regierungsrat bereit, über solche Beschlüsse Auskunft zu geben? Neue Strategien, wir haben das zur Genüge gehört, tun bei der EKS AG not.

Zur Stromkennzeichnung auf Seite 22: Ich bitte nun die EKS AG wirklich darum, endgültig aufzuhören mit der Lüge vom CO₂-freien Strom. Vielmehr wäre es angebracht, hier eine Aussage zum Restrisiko der Atomkraft zu machen. Noch immer behauptet die Atomwirtschaft, dass nach ihrer Wahrscheinlichkeitsberechnung ein GAU höchstens alle 10'000 Jahre geschehen könne. Nach dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung bin ich bereits 50'000 Jahre alt, denn ich habe in meinem Leben schon fünf bekannte Atom-GAUs erlebt: In Lucens in der Schweiz – sehr viele wissen nicht, dass es in Lucens einen grossen GAU gegeben hat –, in Harrisburg, in Sellafield, in Tschernobyl und in Fukushima. Zudem sind wir einige Male an GAUs vorbeigeschwommen. Ich bitte die EKS AG, die Risiken der Atomenergie zu benennen und vor allem auf Lügen in ihrem Bericht zu verzichten!

Zum Strommix habe ich eine brennende Frage: Wir haben in der Schweiz einen Strommix von 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Atomenergie. Im Schweizer Strommix der EKS AG ist der Anteil an Atomstrom doppelt so hoch. Warum? Was bestehen für Lieferverträge? Sind wir gezwungen, einen so hohen Anteil an Atomstrom zu übernehmen? Warum erhält Deutschland, das auch von der EKS AG beliefert wird, einen wesentlich günstigeren Strommix als wir? Ich möchte Auskunft über die Lieferverträge zwischen der EKS AG und der Axpo. Haben wir die Möglichkeit, diese Verträge zu kündigen?

Auf Seite 33 geht es um die Nachhaltigkeit. Auf Seite 32 wird ausführlich über das Engagement der EKS AG für den Vogel- und Naturschutzverein Turdus berichtet. Ich finde das Engagement sehr lobenswert. Es kommt mir jedoch eigenartig vor, dass der EKS AG die Vögel näher liegen als die erneuerbare Energie. Zum Naturstrom äussere ich mich nicht. Alfred Tappolet hat genau das Richtige gesagt. Die einseitigen Verträge sind

nicht akzeptabel. Es ist eine Katastrophe, wenn im Bericht hervorgehoben werden muss, die von der EKS AG finanzierten und betriebenen Solaranlagen würden rund fünf Haushalte mit elektrischer Energie versorgen.

Ich spreche nun zur Tabelle auf Seite 33 und wiederhole, was ich schon im letzten Jahr gesagt habe. Auf Seite 13 steht, der EKS-Bericht werde dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht, um den parlamentarischen Kontrollmechanismen Rechnung zu tragen. Wenn unsere Voten aber negiert werden und der gleiche «Mist» ein Jahr später wieder im Geschäftsbericht steht, ist das einfach nicht rechtens. Ein Geschäftsbericht bezieht sich auf ein Geschäftsjahr und nicht auf die vergangenen 20 Jahre. Ich muss nun harte Worte verwenden: Die Tabelle auf Seite 33 ist eine absichtliche Täuschung der Leserin und des Lesers. Betrachtet man diese Tabelle, hat man zuerst das Gefühl, die EKS AG hätte Anlagen gefördert. Achtung – Fehlanzeige! Die Zahlen sind kumulativ und beziehen sich auf die letzten 20 Jahre Energiesparfonds! Nimmt man den alten Geschäftsbericht hervor, kann man feststellen: Fotovoltaik: nichts gefördert, Wärmepumpen: nichts gefördert, Biogas: nichts gefördert. Endlich bei den Sonnenkollektoren: 12 Anlagen gefördert – Gratulation! Transparenz über Förderbeiträge habe ich auf der Homepage der EKS AG keine gefunden. Ich frage den Regierungsrat an: Warum präsentiert uns die EKS AG diese fragwürdige Tabelle Jahr für Jahr neu und welche Anlagen werden zusätzlich zum kantonalen Förderprogramm gefördert?

Markus Müller (SVP): Am letzten Samstag habe ich in der «Klettgauer Zeitung» in einer Kolumne geschrieben, dass es nichts bringe, wenn wir ab heute über verschiedene Vorstösse gleichen Inhaltes diskutierten. Besser wäre es, wenn wir die Problematik zu Ende diskutieren und Lösungen erarbeiten würden. Die Debatte zum EKS-Bericht bietet eine gute Gelegenheit dazu. Vielleicht lassen sich auch Gruppierungen finden, die weiter denken und eine koordinierte Strategie erarbeiten. Ich bitte Dr. Thomas Erb, der sich auf der Tribüne befindet, uns die Diskussion nicht übel zu nehmen. Wir «schiessen» nicht auf ihn, aber es geht jetzt um das Festlegen oder um die Änderung der Strategie.

Die Zeit, als dieser Rat nickte wie der farbige Knabe in der Sonntagschule, wenn ihm ein Geldstück gespendet wurde, ist endgültig vorbei. Das ist auch richtig so. Es freut mich, dass dieser Rat wieder mehr politisiert und nicht nur nickt. Im Gegensatz zur Kantonalbank hat die EKS AG eine ganz andere Aufgabe. Die Kantonalbank steht im Konkurrenzkampf. Wenn sie zum Beispiel günstigere Hypothekarzinsen anbietet, profitieren die Kunden der Kantonalbank, seien dies Personen aus Schaffhausen, aus Zürich oder von sonst wo auf dieser Welt. Aber die EKS AG erfüllt einen Grundversorgungsauftrag für die Bevölkerung in unserem Kanton.

Gemäss dem Elektrizitätsgesetz ist der Kanton verpflichtet, für eine flächendeckende Grundversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft zu sorgen. Der Kanton überträgt diese Pflicht an die EKS AG. Sie ist für den Unterhalt des Netzes sowie für den Einkauf und den Verkauf von Strom verantwortlich. Im Elektrizitätsgesetz steht nirgends, dass die EKS AG auf das Erzielen von Gewinn ausgerichtet ist. Es ist selbstverständlich, dass genügend Reserven vorhanden sind, damit das Netz und die Anlagen auf dem neusten Stand der Technik gehalten und gut unterhalten werden können. Dass die EKS AG in den letzten Jahren Millionen an den Kanton abgeliefert hat, ist verdankenswert, aber es entspricht nicht der Idee, mit der damals weitsichtig diese Monopolgesellschaft aufgebaut wurde. Urs Capaul hat es erwähnt: Monopole gehören in die Hände des Staates. Dies sind übrigens auch die Worte von Christoph Blocher. Ich bin mir heute fast etwas reuig, dass wir einen Viertel der Aktien an die Axpo abgegeben haben. Vielleicht können wir das wieder einmal rückgängig machen. Zweck der EKS AG ist eben nicht nur eine sichere, sondern auch eine günstige Versorgung. Bei den Ausschüttungen handelt es sich schlicht und einfach um eine weitere Abgabe oder Steuer, die alle Strombezüger dem Kanton abliefern, und zu einem Viertel um ein Geschenk an die Axpo. Das ist grundsätzlich und langfristig nicht in Ordnung. Man kann zwei Wege gehen: entweder den Gewinn via Strompreis an die Kunden, sprich Steuerzahler, zurückgeben. Deshalb verstehe ich die Klagen über sinkende Margen nicht ganz. Oder aber man macht etwas Sinnvolleres mit dem Gewinn, als ihn in der Staatskasse versickern zu lassen. Anstatt nur von Alternativstrom zu sprechen, könnte man auch Investitionen tätigen und vermehrt Anreize schaffen. In diesem Zusammenhang mutet es schon etwas eigenartig an, wenn im Jahr 2010 ein Klettgauer Bauer auf seine Frage, ob es Sinn mache, das Dach des neuen, nach Süden ausgerichteten Freilaufstalls mit Solarzellen auszurüsten, von der EKS AG die Antwort bekommt, sie nehme den Strom nicht ab, weil die Leitungsquerschnitte zu klein seien. Das kann es nicht sein, weil die betreffenden Gebäude für Solarzellen prädestiniert sind. Wenn es uns ernst ist, Signale zum Atomstromersatz zu senden, müssen wir in Zukunft etwas tun. Das liegt aber nicht nur am Werk, Alfred Tappolet, sondern an der Führung und am Verwaltungsrat, welcher die Strategien festlegt. Wohin wir mit unserer Netz- und Strompolitik gehen wollen, müssen wir in diesem Saal bestimmen und schliesslich muss das Stimmvolk, das wir hier vertreten, unsere Entscheide mittragen. Was wir hier bestimmen, hat der Hauptaktionär in der Person von Regierungsrat Reto Dubach durchzusetzen, und zwar ohne Wenn und Aber. Meiner Meinung nach haben wir eine sehr gute Geschäftsleitung und sehr gutes Personal bei der EKS AG. Wir haben aber einen Verwaltungsrat, der diesem Mechanismus überhaupt nicht mehr genügt. Die Zusammensetzung

der fünf Schaffhauser Mitglieder ist meiner Meinung nach falsch. Es sind alles wohlgeachtete Personen. Sie haben jedoch keinen Bezug zum Kantonsrat, der schliesslich bestimmt, was passiert. Sie verfügen auch kaum über entsprechendes Fachwissen. Die Regierung tut gut daran, nächstes Jahr im Hinblick auf die Herausforderung «Ausstieg aus der Atomenergie» dieses Gremium in neuer Zusammensetzung zu wählen und den Link zum Kantonsrat wieder herzustellen, wie es sich früher durchaus bewährt hat. Im Klartext: In dieses Gremium gehören aktive Kantonsräte. Dies hätte zudem auch einen positiven finanziellen Einfluss. Wenn wir den Regierungsvertreter ausklammern, erhält jeder Verwaltungsrat ein Salär von fast zwanzigtausend Franken. Das macht weit mehr als eintausend Franken pro Sitzung beziehungsweise einen Fünftel des durchschnittlichen Jahressalärs eines EKS-Angestellten aus.

Gottfried Werner (SVP): Nach den grossen Voten meiner Vorredner traue ich mich fast nicht, eine bescheidene Frage zu stellen. Im Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Geschäftsbericht der EKS AG steht folgender Satz: «Eine grosse Auswirkung auf die Marge hatte die Auflösung des Sommer-Winter-Tarifs.» Was hat die Auflösung des Sommer-Winter-Tarifs überhaupt bewirkt? Wie wurde dieser Tarif gehandhabt? Warum wurde er aufgelöst? Sind die Margen dadurch gesunken oder gestiegen? Ich habe dazu im Bericht nirgends eine Antwort gefunden.

Florian Keller (AL): «Mit dem Kauf von EKS-Naturstrom unterstütze ich die Energie von morgen in meiner Region.» Das sagt und glaubt Physiotherapeut Markus Bühler aus Schaffhausen, der auf dem hinteren Titelblatt des EKS-Berichts abgebildet ist. Ich habe das bisher auch geglaubt und ich denke, fast alle Konsumenten, die sich für ein Naturstromprodukt entscheiden, glauben tatsächlich, dass sie damit den Strommix verändern. Ich spreche vor allem zum Naturstrom Blue. Die Axpo verspricht, dass der von ihr angebotene Naturstrom Blue vollständig aus mittleren und grösseren Wasserkraftwerken in der Schweiz stammt. Man geht sicher nicht davon aus, dass aus der Steckdose ein anderer Strom fliesst als beim Nachbarn, der keinen Naturstrom Blue bezieht. Aber man geht davon aus, dass die EKS AG sich dazu verpflichtet, zusätzlichen Wasserkraftstrom einzukaufen. Und wenn viele Naturstrom Blue beziehen würden, könnte sich der Strommix nachhaltig zugunsten der Wasserkraft verändern, was auch bekräftigt wird mit der Aussage auf Seite 22 des EKS-Berichts: «Mit den Naturstromprodukten der Axpo AG und dem eigenen reinen EKS-Solarstromprodukt (...) bietet die EKS AG ihren Kunden die Möglichkeit, den Strommix direkt zu beeinflussen.» Das ist das, was alle glauben. Wenn ich die Entwicklung des Strommixes anschau, den die EKS AG liefert, bin ich mittlerweile jedoch nicht mehr überzeugt,

dass dem so ist. Ich möchte endlich Klarheit haben: Ist es richtig, dass die EKS AG, wenn jemand Naturstrom Blue bezieht, den Wasserkraftstrom, den die EKS AG diesem Kunden liefern müsste, einfach dem Standardprodukt entnimmt und den Standardstrombezügern dadurch mehr Atomstrom verkauft? Denn damit würde der Strommix nicht beeinflusst und die 2,5 Rappen Aufpreis, die der Naturstrombezüger bezahlt, würden völlig wirkungslos verpuffen. Das wäre Betrug und alle Kunden, die bisher solchen Naturstrom bezogen hätten, wären «beschissen» worden.

Heinz Rether (ÖBS): Erich Gysel hat die Milchkuh erwähnt. Wir müssten uns vielleicht fragen, ob die EKS AG oder wir als Kunden die Milchkuh sind, die zu stark gemolken wurde, sodass sie jetzt allenfalls an einer Euterentzündung leidet. Diesen Missstand könnten wir am besten im Verwaltungsrat beheben. Deshalb unterstütze ich das Votum von Markus Müller, damit sich die Regierung im Verwaltungsrat mit unserer Hilfe vielleicht besser durchsetzen kann.

Regierungsrat Reto Dubach: Nach diesen verschiedenen Voten ist es für mich nun nicht ganz einfach, zu antworten. Ich hatte Freude an den Voten, welche der EKS AG gratuliert haben, und an den Voten, welche den engagierten Mitarbeitenden gedankt haben. Diesen Dank haben sie meines Erachtens auch verdient. Mein Dank geht an Sie für diese Diskussion, denn sie zeigt, wo die Herausforderungen in der heutigen Energiepolitik sind. Sie zeigt auch wichtige Wegweiser für die künftige Energiepolitik auf. Für einige Aussagen hat der Regierungsrat auch ein gewisses Verständnis. Trotzdem möchte ich nun noch auf einige Punkte eingehen.

Thomas Wetter hat vom Axpo Wording gesprochen. Ich bitte Sie, die Geschäftsberichte der vergangenen Jahre anzuschauen. Sie werden einen wesentlichen Wechsel feststellen. Zugegeben, es besteht ein gewisser Verbesserungsbedarf, aber einiges ist bereits getan worden.

Ganz generell muss ich sagen, dass verschiedenste Erwartungen im Raum stehen. Der Spagat, welchen die EKS AG machen muss, ist langsam so gross, dass gar nicht mehr alle Anliegen erfüllt werden können. Wie kann man den Strommix verbessern, gleichzeitig das Unternehmensergebnis verbessern und auch noch den Strom zu billigen Preisen anbieten? Die Kunden protestieren und die Wirtschaft steht auf die Hinterbeine, wenn der Strompreis nur um einen Rappen pro kWh heraufgesetzt wird. Das sind enorme Anforderungen, die gestellt werden. Und wenn die EKS AG einen anderen Strommix mit weniger Kernenergie anbietet, wird der Strompreis natürlich entsprechend höher werden. Die Frage ist nur, in welchem Ausmass sich dies auswirkt. Darüber müssen

wir uns heute jedoch nicht unterhalten, denn das ist eine Frage, der sich die Regierung stellen muss.

Im Bericht zum Kernenergieausstieg, den die Regierung Ihnen unterbreiten wird, werden die gebündelten Massnahmen aufgezeigt. Letztlich geht alles über den Preis. Markus Müller hat richtig festgestellt, dass die EKS AG eine Unternehmensstrategie hat. Sie hat natürlich den Anspruch auf eine gewisse Rentabilität, weil sie davon ausgeht, dass der Hauptaktionär gewisse Dividendenzahlungen erwartet, aktuell im Umfang von 4 Mio. Franken. Der Kanton könnte sich auf den Standpunkt stellen, auf diese Abgabe zu verzichten, damit das Geld für eine ökologische Stromstrategie eingesetzt werden kann. Ich frage mich, was Sie sagen würden, wenn dieses Geld dann in der Staatskasse fehlte. Sie werden vielleicht sagen, das Unternehmen könne nicht richtig wirtschaften. Wir müssen uns einig werden, wo wir uns in diesem Geflecht zwischen Strompreisen, Strommix und Unternehmensergebnis genau positionieren möchten. Hier stehen wir vor einer ganz schwierigen Aufgabe. Im Moment sind wir daran, entsprechende Unterlagen zusammenzutragen. Die Vorschläge werden kommen.

In diesem Zusammenhang muss ich schon ein wenig schmunzeln: Jetzt sind Sie wieder ungeduldig und erwarten möglichst rasch Vorschläge. Es ist gesagt worden, der Regierungsrat zaudere. Aber als der Regierungsrat seine energiepolitische Strategie festgelegt und auch publiziert hat, er wolle möglichst rasch, aber geordnet aus der Kernenergie aussteigen, hiess es im Blätterwald: Unüberlegt, emotional, überstürzt, die Regierung habe nicht die entsprechenden Grundlagen abgewartet. Dem Regierungsrat wurde fast Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Die Schaffhauser Regierung war eben rascher als der Bundesrat. Aber wenn jetzt nicht schon entsprechende Vorschläge vorliegen, wird gesagt, wir zauderten. Ich bitte Sie noch um Geduld bis nach den Sommerferien. Es ist richtig, dass wir abwarten, was der Bundesrat und das eidgenössische Parlament in dieser Sache entscheiden.

Richtig ist auch: Die EKS AG muss sich ernsthaft überlegen, wie sie sich künftig ausrichten möchte, vor allem, welchen substanziellen Beitrag sie für eine Stromversorgung ohne Kernenergie leisten kann. Es wurde auf den Verwaltungsrat hingewiesen. Auch ich sehe eine Lösung über diesen Weg. Wir brauchen eine neue Definition der Eigentümerstrategie. Es gibt bereits heute eine Eigentümerstrategie, aber wir sind gehalten, diese entsprechend anzupassen. Bereits vor Fukushima sind diesbezüglich Abklärungen getätigt worden, weil wir uns stets bewusst waren, dass wir längerfristig einen Ausstieg aus der Kernenergie anstreben. Die bereits vorhandenen Zwischenergebnisse werden in den Bericht einfließen. Thomas Wetter hat auf Solarcomplex hingewiesen. Dies ist eine sehr gute Idee, die auch der Energiedirektor hatte. Er hat sogar mit dem Ver-

antwortlichen gesprochen. Zusammen mit dem Regierungspräsidenten von Freiburg im Breisgau bin ich in Randegg gewesen, wo Solarcomplex aktiv ist. Mir hat aber der Geschäftsführer mitgeteilt, dass seine Firma nicht in der Schweiz tätig sein möchte; Bernhard Müller kann dies bestätigen.

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) wurde als Beispiel für einen anderen Strommix genannt. Das ist gut. Zu diesem Thema existiert ein entsprechender Vorstoss und in diesem Zusammenhang müssen und werden wir auch darüber sprechen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen Hinweis anbringen: Am besten wäre es, wenn jeder selbst die Konsequenzen zöge und selbst aus der Kernenergie aussteigen würde. Die Eigenverantwortung ist immer noch das Beste. Aber ich sage nicht, dass das genügen würde. Wenn ich die Zahlen der Strombezüger der EKS AG ohne Kernenergie betrachte, verwundern mich diese schon etwas, denn vor der Katastrophe in Japan waren es 430 Kunden. Nach der Katastrophe kamen lediglich 30 neue Kunden dazu. Das entspricht etwa einem Prozent. Daran sieht man, dass die eigenen Konsequenzen nicht gerne gezogen werden.

Es ist ein ganzer Strauss von Fragen und Bemerkungen aufgeworfen worden. Ich komme mir langsam wie der erste Sachbearbeiter der EKS AG vor.

Bezüglich der Tabelle auf Seite 33 bin ich mit Martina Munz einverstanden. Es handelt sich um eine Mehrjahreszusammenfassung. Ich bin aber doch etwas erstaunt, dass dies vor drei, vier oder fünf Jahren nicht beanstandet wurde. 2011 wird es nun plötzlich zum grossen Thema.

Mit der Aussage von Markus Müller zur Konkurrenzsituation bin ich hingegen nicht ganz einverstanden. Auch die EKS AG befindet sich in einer Konkurrenz mit anderen Unternehmen, je mehr der Strommarkt liberalisiert wird. Deswegen muss sie auch im Branchenvergleich bestehen können. Insofern lässt sich die Konkurrenz leider nicht ausblenden.

Zum Sommer-Winter-Tarif: Die Gründe für die Aufhebung per 1. Oktober 2008 waren die folgenden: Bis zum Umstellungszeitpunkt hatte die EKS AG keine Trennung von Netz- und Energietarifen. Auf den 1. Oktober 2008 hat sie aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen die Trennung von Netzen und Energie eingeführt. Im Netztarifmodell Schweiz und Deutschland sind keine Sommer-/Winterpreise mehr vorgesehen, da sich damit die Gesetzesvorgabe, wie sich die Netztarife zusammensetzen haben, leichter umsetzen lässt. Die Sommer-/Winterpreise haben zu zahlreichen Reklamationen geführt und stiessen bei den Retailkunden kaum auf Verständnis. Schliesslich ist die Rendite der EKS AG auch kleiner ausgefallen, weil nicht alle zusätzlichen Kosten auf die Preise umgewälzt wurden. Die Kunden sind somit geschont worden.

Noch zur Frage von Florian Keller bezüglich des Naturstroms Blue: Ich beziehe als Kunde ebenfalls Naturstrom Blue und gehe davon aus, dass ich damit einen Beitrag leiste. Ich stelle mir vor, dass die EKS AG im Umfang meines Bedarfs an Naturstrom Blue entsprechende Zertifikate besorgt und damit natürlich indirekt Einfluss auf diesen Mix nimmt. Daher handelt es sich hier nicht um einen Betrug. Das könnte ich mir überhaupt nicht vorstellen, da auch der liberalisierte Markt sehr stark geordnet ist. Ich fasse zusammen: Die Eigentümerstrategie muss in nächster Zeit überprüft und entsprechend angepasst werden. Die Arbeiten dazu laufen und die entsprechenden Vorschläge werden kommen. Der Ausstieg aus der Kernenergie fängt bei jedem selbst an.

Martina Munz (SP): Ich möchte noch einiges klarstellen. Wir nehmen die Antworten auf unsere Fragen auch sehr gerne schriftlich entgegen, denn wir verstehen, dass es Abklärungszeit braucht, zum Beispiel zu den Lieferverträgen. Dazu möchte ich wirklich eine Antwort erhalten. Was haben wir für Lieferverträge? Wahrscheinlich interkantonale Verträge mit der Axpo. Damit ist auch die sogenannte Eigenverantwortung verbunden, die Sie genannt haben. Florian Keller hat genau die richtige Frage gestellt. Ich beschäftige mich schon seit längerer Zeit mit dieser Problematik. Wenn jemand den teureren Naturstrom Blue bestellt, erhält er ihn auch. Obwohl die EKS AG den Mehrpreis einstreicht, kauft sie deswegen nicht mehr Blue-Strom ein. Es wird einfach vom Strommix abgezwickelt und der Normalverbraucher erhält etwas mehr Axpo-Strom beziehungsweise Atomstrom. So sind die Tatsachen. Der Grund, weshalb ich mich immer geweigert habe, Öko-Strom zu beziehen, ist die indirekte Subventionierung der EKS AG. Sollte dem nicht so sein, möchte ich dies schriftlich haben.

Die von Regierungsrat Reto Dubach postulierte Wirtschaftlichkeit hat mich stutzig gemacht. Wasserkraft ist billiger als Atomstrom, denn die meisten Wasserkraftwerke sind abgeschrieben und produzieren zurzeit in den goldenen Jahren. Das heisst, sie produzieren Wasserkraftstrom zu 2,5 Rappen pro kWh, was äusserst günstig ist. Die Lieferverträge mit Wasserkraftwerken sollten deshalb jetzt gesichert werden. Damit käme man auch der Wirtschaft entgegen, denn die Wirtschaftlichkeit von Wasserkraft ist sehr gut. Wir wissen ja, dass der Atomstrom von der Gesellschaft quersubventioniert wird.

Regierungsrat Reto Dubach, es hat mich stutzig gemacht, dass Sie die Strategie erst nach den Sommerferien bekannt geben werden. Ich warte schon seit Februar auf die Studie zum Ausstieg aus der Atomenergie. Ich habe mich erkundigt: Ende Februar war die Studie fertig. Sie hätte im März publiziert werden sollen. Weshalb dies nicht geschehen ist, weiss ich nicht. Dann kam Fukushima und man konnte sie nicht publizieren.

Warum, weiss ich auch nicht. Zur Studie – sie wurde mir nun per Ende Juni versprochen – werden jetzt angeblich rechtliche Gutachten erstellt. Ich habe langsam das Gefühl, an dieser Studie wird gebastelt und gebastelt und gebastelt. Eine Studie ist eine Studie und keine Bastelarbeit!

Martin Kessler (FDP): Auch ich möchte gerne meinen Strom selber produzieren. Nur so einfach ist die Sache leider nicht, was meine Abklärungen ergeben haben. Wenn wir unser Betriebsgebäude komplett mit Fotovoltaik bedecken würden, könnten wir maximal 10 Prozent des benötigten Stroms erzeugen. Die Sonne scheint zwar oft, aber nicht immer und sicher nicht nachts. Ich muss auch zugeben, dass ich mit der Vergütungspolitik der EKS AG für eingespeisten Solarstrom nicht gerade glücklich bin.

Aber, und jetzt kommt das grosse Aber: Ist es richtig, nun alles der EKS AG aufzubürden? Können wir uns in unserem Minikanton Alleingänge leisten? Es ist ja schon fraglich, ob sich die Schweiz Alleingänge leisten kann. Wenn wir strenger als die angrenzenden Kantone handeln, leiten wir auch extrem negative Bewegungen ein, indem wir das Verlegen energieintensiver Betriebe vielleicht in angrenzende Kantone fördern. Das ginge ja noch. Aber vielleicht ziehen diese Betriebe auch irgendwo ins Ausland. Für den Kanton gehen dadurch wichtige Einnahmequellen verloren. Das Verlagern von Arbeitsplätzen reduziert schliesslich das Steuersubstrat. Was nützen uns auf der einen Seite die teuren Kampagnen und die grossen Investitionen zur Ansiedelung von Unternehmen, wenn wir auf der anderen Seite Arbeitsplätze verdrängen? Von Markus Müller möchte ich dann erfahren, woher das Geld kommen soll, das wir nicht mehr von der Axpo oder eben auch von der EKS AG erhalten.

Es macht keinen Sinn, teure Zuschläge für sauberen Strom zu verlangen und mit diesem Geld eine Art Pflasterlipolitik zu betreiben und Alternativen zu fördern. Sinnvoll ist ein Gesamtkonzept, mit dem rasche und unbürokratisch realisierbare Massnahmen im Alternativbereich gefördert werden können. Meines Erachtens kann dies der Kanton Schaffhausen nicht allein machen. Wir könnten zum Beispiel auch Sparmassnahmen einleiten bei öffentlichen Anlagen, Beleuchtungen und Strassenbeleuchtungen. Warum müssen diese nachts so lange brennen? Trolleybusse in der Stadt wären ebenfalls ein Stichwort. Das wären Dinge, die man hier und vor Ort realisieren könnte. Aber bitte überladen Sie die EKS AG nicht!

Erich Gysel (SVP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Ich hörte mir nun über eine Stunde viele grosse Worte und viel Doppeltzüngigkeit an. Damit wir glaubwürdig werden, müssen wir meines Erachtens drei Punkte erfüllen. Erstens: Wir als Gesellschaft müssen Strom

sparen. Zweitens: Wir müssen bereit sein, für den Strom mehr zu bezahlen, und zwar nicht die Industrie oder das Gewerbe, sondern wir als Gesellschaft und als Personen. Drittens: Wir müssen Alternativen erlauben und diejenigen, welche die Alternativen verhindern wollen, endlich auch in die Wüste schicken.

Urs Capaul (ÖBS): Ich möchte Martin Kessler fragen, wohin die Kunden gehen sollen, wenn sie ein wenig mehr Stromkosten bezahlen müssen. Gehen sie nach Baden-Württemberg? Dort bezahlen sie heute schon zehn oder zwölf Rappen mehr, als wenn beispielsweise bei uns ein Rappen mehr verlangt wird.

Das Ganze ist – ich habe es bereits gesagt – schliesslich eine Frage des Mehrpreises: Was muss ich insgesamt mehr bezahlen für die Elektrizität im Vergleich zum Gesamtaufwand? Wenn das nichts ausmacht, dann spielt dieser eine Rappen selbstverständlich auch keine Rolle. Die Betriebe werden zwar klagen, es koste jetzt mehr. Das ist logisch, das würde ich auch, das ist nichts anderes als Poker. Wenn die Alternativen fehlen, muss man das akzeptieren.

Man kann es aber auch von einer anderen Seite betrachten: Mit dem Bezug von alternativer Energie erhalte ich gegenüber dem Atomstrom eine neue Qualität. Viele Betriebe in der Stadt Zürich, die nun Wasserkraft einsetzen, haben dies als Werbeargument verwendet. Alfred Tappolet hat heute bereits darauf hingewiesen: Wenn bei jedem Produkt darauf hingewiesen würde, dass der für die Erstellung des Produkts verwendete Strom beispielsweise aus Beznau, aus Fessenheim und so weiter stamme, würde alles ganz anders aussehen, denn das wäre eine negative Werbung. Eine positive Werbung lässt sich jedoch mit alternativer Energie machen.

Ich möchte Sie ermuntern. Zehn Prozent sind doch immerhin schon ein Beitrag. Das Problem ist nicht nur die Einspeisevergütung, sondern auch die Abnahme. Man muss den Naturstrom abnehmen können und die entsprechenden Netze dazu haben. Hieran mangelt es auch. Deshalb braucht es diese Smart Grids. Es braucht diese intelligenten Netze. Diese Investitionen sind notwendig und vordringlich vor allem anderen.

Zum EKS-Geschäftsbericht hat uns der Regierungsrat auch einen Bericht und Antrag mitgeliefert. Der Antrag des Regierungsrates lautet zwar auf Kennnismnahme. Normalerweise wird über Anträge abgestimmt. Unsere Fraktion wird diesem Antrag nicht Folge leisten.

Thomas Wetter (SP): Dass die Notwendigkeit besteht, eine Grundsatzdebatte zur Energieproblematik zu führen, zeigt dieser heutige Morgen. Ich möchte nur noch kurz auf zwei Dinge eingehen. Regierungsrat Reto Dubach hat die billigen Strompreise erwähnt, die dank dem aktuellen Mix

garantiert werden können. Er weiss jedoch genau, dass die Kostenwahrheit beim Atomstrom fehlt. Tatsache ist, dass die Allgemeinheit für die Risikoabsicherung und für allfällige Kosten, die ein Super-GAU oder auch ein kleineres Unglück erwirkt, bezahlen muss.

Ich verstehe auch das Argument von Martin Kessler, dass Unternehmen möglichst günstige Energiepreise wollen. Aber in diesem Zusammenhang muss ich etwas zurückblättern. Die Schweizer Industrie hat Abkommen getroffen und Sozialpartnerschaften geschlossen. Wir haben Ruhe. Drei oder vier VPOD-Leute, die ein Aussendepot der VBZ blockieren, sind noch kein Arbeitskonflikt. Vor 1920 hat die Schweizer Armee auf Arbeiter geschossen. Sie wurden getötet, weil sie sich gegen die herrschenden sozialen Bedingungen gewehrt haben. Wir haben da unsere Hausaufgaben gemacht. Das hat die Produkte verteuert. Aber glauben Sie denn, die Schwellenländer müssten in diesem Bereich ihre Hausaufgaben nicht auch machen? Verteuert das dann die Produktion in jenen Ländern nicht auch?

Ich kann mich erinnern, wie in den 50er- und 60er-Jahren die Schweizer Gewässer massiv verschmutzt waren: Schlammteppiche auf dem Bodensee; er stand wegen der Eutrophierung kurz vor dem Kippen, und Schaumteppiche auf dem Rhein. Wir haben auch hier die Hausaufgaben gemacht. Wir haben im Bereich des ökologischen Wirtschaftens und des ökologischen Produzierens einiges erreicht. Das hat uns auch Know-how gebracht. Glauben Sie, in China müsse in diesen Bereichen nicht auch noch einiges nachgeholt werden? Wir müssen es endlich einmal als Chance erkennen, wenn wir da mitmachen. Die Schweiz kann sich nicht isolieren. Wir sind weltweit im Handel und in der Wirtschaft tätig. Andere Länder können sich nicht aus dieser Verantwortung stehlen. Wenn wir jetzt versuchen, die Stromproduktion ökologischer umzugestalten, dann machen wir genau hier wieder etwas, was andere auch machen müssen. Auch in China werden einmal die Dreckschleudern von Kohlekraftwerken zurückgefahren werden müssen, wenn die Leute die eigene Luft nicht mehr atmen können und wenn der saure Regen noch das letzte Grün vernichtet.

Wir müssen mehr zukunftsorientiert denken und auch die Chance, die sich im Wandel der Stromproduktion verbirgt, packen.

Regierungsrat Reto Dubach: Zuerst noch ein Nachschub zu Alfred Tappolet: Das, was er gesagt hat, ist so weit bekannt. Über diese Situation bin auch ich nicht glücklich. Deshalb wurde intern bereits über eine mögliche Verbesserung gesprochen, sodass insbesondere eine Übernahmeverpflichtung der EKS AG für Solarstrom bestehen würde für den Teil, der nicht weiter verkauft werden kann. Damit knüpfen wir an die vorherige Diskussion an. Dies würde die EKS AG zusätzlich belasten. Aus

diesem Grund tut sie sich damit schwer, da das Renditedenken bisher im Vordergrund steht. Genau darüber müssen wir entscheiden. Allerdings zeichnet sich in diesem Bereich eine Lösung ab, sodass die Situation verbessert werden kann.

Zu Martina Munz: In diesem Bereich verfügen wir über einen NOK-Vertrag. Dieser sieht bezüglich der Axpo eine Lieferungs- und Bezugspflicht vor. Das heisst, wir sind verpflichtet, bei der Axpo zu beziehen. Gleichzeitig ist aber die Axpo verpflichtet, uns zu liefern. Die interessante Frage ist nun, ob man Einfluss auf den Strommix nehmen kann, da eine Bezugs- und Lieferpflicht besteht. Das sind die rechtlichen Abklärungen, die sich sehr schwierig gestalten und daher noch eine gewisse Zeit beanspruchen. Aber wir werden dazu klare Aussagen machen.

Ich weiss nicht, ob die Wasserkraft in diesem Zusammenhang das beste Beispiel war, denn wenn etwas abgeschrieben ist, ist es logischerweise günstig. Deswegen ist die Wasserkraft so günstig. Der von Ihnen genannte Preis ist in der Grössenordnung richtig. Aber wenn wir zusätzliche Kapazitäten aufbauen, braucht das Infrastruktur, die wiederum abgeschrieben werden muss, was sich entsprechend auswirkt. Aber generell glaube ich auch, dass die Grundlagen, wenn wir einen klaren Entscheid für erneuerbare Energien fällen, ganz anders sind im Markt der erneuerbaren Energien. Damit wird die Wirtschaftlichkeit der erneuerbaren Energien im Verlauf der nächsten Zeit bedeutend besser werden, als sie heute ist. In der Schlussbeurteilung haben wir nicht einmal eine grosse Differenz.

Zur geplanten Vorlage: Haben Sie doch ein bisschen Vertrauen. Wir wollen auf überhaupt nichts verzichten und wir wollen auch nichts hinausschieben. Aber es macht wirklich keinen Sinn, dass wir Ihnen eine halbfertige Vorlage unterbreiten und nicht einmal wissen, was auf Bundesebene jetzt entschieden wird. Daher ist der Zeitpunkt nach den Sommerferien besser. Und wir wollen auch nicht und können, nehme ich an, auch nicht, zumindest nach Auffassung des Regierungsrats, in den nächsten zehn Jahren schon aussteigen. Schliesslich soll es ein geordneter und schrittweiser Ausstieg sein. Daher kommt es auf diese zwei, drei Monate nicht an auf diesem sehr anspruchsvollen Weg zum Ausstieg, den wir miteinander in Angriff nehmen wollen.

Jakob Hug (SP): Die letzten paar Worte von Regierungsrat Reto Dubach haben mich erstaunt, wenn er sagt, dass die Abnahmeverträge überprüft und diskutiert werden müssten. Warum verkaufen Sie jetzt schon Ökostrom, wenn Sie nicht einmal wissen, ob Sie diesen von irgendwoher beziehen können? Das ist etwas makaber.

Kantonsratspräsident Christian Heydecker (FDP): Es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Somit haben Sie, mit Ausnahme der ÖBS-EVP-Fraktion, vom Geschäftsbericht 2009/10 der EKS AG Kenntnis genommen.

Ich bedanke mich im Namen des Kantonsrates bei der Geschäftsleitung und auch bei allen Mitarbeitenden der EKS AG für die Arbeit, die sie im vergangenen Geschäftsjahr geleistet haben. – Das Geschäft ist erledigt.

*

3. Postulat Nr. 2011/2 von Iren Eichenberger vom 21. März 2011 betreffend Schaffhauser Antrag an die Axpo – ein zusätzliches Szenario tut not!

Postulatstext: Ratsprotokoll 2011, S. 107.

Schriftliche Begründung

Das Erdbeben vom 11. März 2011 hat weite Küstengebiete Japans bis Tokyo zerstört und darüber hinaus die ganze Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Überwältigt und machtlos steht die hochtechnisierte westliche Gesellschaft der verheerenden Katastrophe gegenüber, die Erdbeben, Tsunami und die zerstörten Reaktoren von Fukushima über die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten brachten. Das Versagen der Sicherheits- und Kontrollsysteme im AKW Fukushima hebt alle Annahmen und Gewissheiten der Wissenschaft und Technik aus ihren Angeln. Regierungen aller Welt setzen geplante Konzepte zur Weiterentwicklung der Atomkraft aus. Selbst der Bundesrat lässt sämtliche Nuklearanlagen auf ihre Sicherheit überprüfen. Atomkritiker melden sich zu Wort, Atombefürworter und Parteien gehen über die Bücher. Es gibt zwischen allen einen gemeinsamen Nenner: Nachdenklichkeit und Betroffenheit!

In dieser Notlage ist auch der Kanton Schaffhausen gefordert. Als Axpo-Kanton ist er mitverantwortlich für eine Versorgungsstrategie, die weiterhin auf Atomkraft setzt und derzufolge in Beznau ein neues AKW beantragt wird. Gleichzeitig setzt sich die Regierung – per Gesetz verpflichtet – gegen den Bau von Endlagern in unserem Kanton und der angrenzenden Region ein. Dabei können wir es nicht belassen. Der Kanton Schaffhausen muss jetzt noch vermehrt alles in seiner Macht Stehende tun, den Widerspruch in dieser Position aufzuheben und sich bei der Axpo konsequent für eine atomfreie Energieversorgung einsetzen. Die Ereignisse in Fukushima zeigen radikal, dass Atomtechnologie nicht beherrschbar ist und bei einem Unfall verheerende, irreversible Schäden verursacht.

Andererseits verspricht der Aufbau einer atomfreien Energieversorgung grosse Chancen für Wirtschaft und Industrie, erspart uns die fast unlösbare und aufwendige Entsorgung radioaktiver Abfälle und befreit uns beim Einsatz erneuerbarer Energien von der Erdölabhängigkeit vom Ausland.

Iren Eichenberger (ÖBS): Wir kommen zur zweiten Halbzeit mit dem gleichen Thema. Zuerst eine Frage. Was ist Fukushima? Ein Ort? Eine Katastrophe? Fukushima ist der Ort in Japan, der am 11. März 2011 von drei Katastrophen mit unvorstellbarem Leid für die Bevölkerung getroffen wurde – ein Elend, von dem wir heute in den Medien nichts mehr hören. Fukushima dagegen ist seither der Zeitpunkt null für die Zeit vor und nach Fukushima, der Begriff für eine riesige Katastrophe, die bis anhin Restriktio hiess und nach der Diktion der Atomwirtschaft nur alle 10'000 Jahre eintritt. Weltweit geschah es aber nun zum dritten Mal. Man kann aber auch grosszügiger zählen. Die Ereignisse sind Ihnen bekannt: Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima. Im Gegensatz zu allen vorangehenden Atomkatastrophen jedoch hat Fukushima die Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Die technikgläubige 2011-Gesellschaft musste zusehen, wie alle ihre Sicherheiten und Kontrollsysteme vor einer gewaltigen Naturkatastrophe versagten. Seither ist alles im Umbruch. Länder setzten ihre Atomszenarien aus und auch die schweizerische Energieministerin hat die Sistierung der Bewilligungsverfahren für neue AKWs verfügt. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat hat Mängel in unseren vorher als sicher geltenden AKWs ausgemacht und die Schaffhauser Regierung hat das beschlossen, was ihr der Kantonsrat vor zwei Jahren mit einem Postulat von Thomas Wetter aufgetragen hat: die Vollversorgung des Kantons Schaffhausen mit erneuerbarer Energie bis 2040. Damit sei es aber nicht genug. Als Axpo-Kanton mit einem Anteil von 7,9 Prozent sind wir nach dem Grauen von Fukushima verpflichtet, aktiv den Atomausstieg der Axpo – die ihr Gesuch für ein neues AKW bis heute nicht zurückgezogen hat – zu fordern. Dies umso mehr, als der Kanton Schaffhausen in unser aller Auftrag per Gesetz die Lagerung radioaktiver Abfälle auf Kantons- oder angrenzendem Gebiet bekämpft. Der Rest ist schnell erzählt. Es ist, was alle oder doch zumindest die meisten von Ihnen wissen: Yes, we can! Die Vollversorgung der Schweiz und unseres Kantons mit erneuerbaren Energien ist möglich! Das bestätigt eine jüngste INFRAS/TNC-Studie, die Schweizer Umweltorganisationen zusammen mit den Städten Genf und Basel in Auftrag gaben. Das Ergebnis zeigt, dass der Strombedarf der Schweiz auch ohne Grosskraftwerke gedeckt werden kann, wenn wir uns zu Energieeffizienz, Einsparungen und zum zielstrebigem Aufbau von Technologien für erneuerbare Energien verpflichten. Das reichlich vorhandene Potenzial an

Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie macht den Ausstieg möglich. Die beste Nachricht aber geht an die Wirtschaft und das Gewerbe. Der Umstieg bringt 2,8 Mia. Franken Gewinn, wenn man über die Lebensdauer der Investitionen rechnet, und er schafft 160'000 Vollzeitstellen sowie eine Bruttowertschöpfung von 20,2 Mia. Franken innerhalb von 30 Jahren.

Der von Swisselectric und damit auch von der Axpo geplante Weg mit zwei neuen AKWs und einem Gaskraftwerk dagegen führt zu Verlusten von 9 Mia. Franken. Der Beweis ist erbracht. Wir haben alles Interesse, die Schweiz möglichst rasch auf erneuerbaren und vom Ausland unabhängigen Kurs zu bringen. Jeder Aufwand für neue AKWs dagegen ist verpufftes Geld, das einer zukunftsfähigen, beschäftigungswirksamen Energieversorgung abgeht.

Bleibt nur noch die Frage: Warum soll der Kanton Schaffhausen anstossen, was weltweit ohnehin in Bewegung ist? Ich frage Sie zurück: Als erfahrene Kantonsräte und Kantonsrätinnen wissen Sie ausreichend, dass eine Erkenntnis wie der Osterhase an der Sonne schmilzt, sobald die Welt auch nur ein bisschen wieder in Ordnung ist. Was glauben Sie, weshalb gestern nicht 10'000, wie erwartet, sondern 20'000 und mehr zum Menschenstrom gegen Atomstorm in Kleindöttingen AG geströmt sind? Wohl nicht, weil sie glauben, das Problem sei erkannt, es würde jetzt automatisch das Richtige geschehen. Wir brauchen mehr als Absichtserklärungen; wir brauchen Daten, Bilanzen und auf deren Basis verbindliche Entscheide. Ich bin gespannt, was sich bei der Axpo tut, und danke dem Regierungsrat für seine Antwort.

Regierungsrat Reto Dubach: Mit dem Postulat soll der Regierungsrat bei der Axpo einen Antrag stellen, ein zusätzliches Versorgungsszenario unter Verzicht auf Kernenergie mittels breiter Nutzung erneuerbarer Energien zu entwickeln. Dieses soll aufzeigen, mit welchen anderen Technologien der Energiebedarf gedeckt werden kann, welches die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen sind und welche ökologischen Konsequenzen daraus resultieren.

Der Bundesrat hat nach dem schweren Unfall im AKW Fukushima dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am 23. März 2011 den Auftrag erteilt, einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie zu prüfen. Zuvor hatte der Bundesrat die laufenden Rahmenbewilligungsverfahren für drei neue Kernkraftwerke in der Schweiz sistiert. Zudem wurden sämtliche Schweizer Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Erste Resultate liegen vor.

Die Beschlüsse des Bundesrates zeigen zudem drei denkbare Szenarien der zukünftigen Energieversorgung auf. Beim Szenario «vorzeitiger Ausstieg» würden die Reaktoren endgültig abgestellt, bevor sie am Ende der

aus sicherheitstechnischen Gründen festgesetzten Lebensdauer angeht sind. Im zweiten Ausstiegsszenario würden die Atomkraftwerke hingegen erst am Ende der Betriebszeit ersatzlos abgeschaltet. Im Szenario «Weiterführung Strommix» dagegen würden die ältesten drei AKW ersetzt, allenfalls schon vor dem Ende ihrer Betriebszeit und «im Sinne höchstmöglicher Sicherheit».

Der Regierungsrat unterstützt die Entscheide des Bundes, die energiepolitischen Szenarien auszuarbeiten, welche unter anderem den Ausstieg aus der Kernenergie vorsehen, das Verfahren zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für Ersatzkernkraftwerke zu sistieren und sämtliche Schweizer Kernkraftwerke auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Auch die Axpo Holding AG, an welcher der Kanton Schaffhausen mit knapp 8 Prozent beteiligt ist, unterstützt die Entscheide des Bundes ausdrücklich und steht einer umfassenden Beurteilung der aktuellen und künftigen Energieversorgung positiv gegenüber. Die Axpo will ihre Geschäftsaktivität und Investitionspolitik auf die Vorgaben ihrer Aktionäre und ihrer Kundinnen und Kunden sowie auf die veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen ausrichten. Dabei sind im Rahmen der Entwicklung der Versorgungsszenarien die Voraussetzungen und die Konsequenzen der möglichen Optionen für Bevölkerung und Wirtschaft zu klären, offen darzulegen und breit zu diskutieren.

Der Regierungsrat hat schon vor dem Nuklearunfall in Japan längerfristig einen Ausstieg aus der Kernenergie ins Auge gefasst. Nach dem Vorfall in Japan wird nun ein möglichst rascher geordneter Ausstieg angestrebt. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass in den nächsten Jahren noch nicht auf Kernenergie verzichtet werden kann. Der Ausstieg muss geordnet und schrittweise erfolgen. Diese Position des Regierungsrates bedeutet keine Kehrtwende und ist auch kein überstürzter Entscheid. In der Zwischenzeit wird nämlich praktisch von allen Seiten anerkannt, dass der Bau neuer Kernkraftwerke in nächster Zeit unrealistisch ist. Damit fehlt es aber an der erforderlichen Planungssicherheit und – mangels nahtlosem Ersatz – an der Versorgungssicherheit nach Ablauf der Betriebszeit der bestehenden Kernkraftwerke, sofern der Strombedarf nicht gedrosselt und durch erneuerbare Energien abgedeckt wird. Dafür braucht die Strombranche nun klare Vorgaben. In den Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017 wurden verbindliche Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz für den Kanton Schaffhausen festgelegt. Gemäss diesen Zielen soll der Elektrizitätsverbrauch gegenüber dem Jahr 2000 um weniger als 5 Prozent und die Produktion neuer erneuerbarer Energien um zusätzlich 2 Prozent des Stromverbrauchs zunehmen. Inwiefern diese Ziele anzupassen sind, muss noch im Einzelnen geklärt werden; selbstverständlich unter Einbezug des Kantonsrates.

Der Ausstieg aus der Kernenergie kann nur gelingen, wenn sich alle, das heisst Politik, Wirtschaft (Industrie) und Bevölkerung sowie die Energieversorgungsunternehmen, aktiv mitengagieren.

Energieversorgungsunternehmen wie die Axpo haben aufgrund ihrer Marktposition einen starken Einfluss auf die Stromversorgung und nehmen dadurch eine strategisch wichtige Stellung in der Energiepolitik ein. Eine aktive Einbindung und Unterstützung der Energieversorgungsunternehmen ist daher unabdingbar.

Im Kanton Schaffhausen werden jährlich rund 500 GWh verbraucht. Davon werden etwa 300 GWh von der EKS AG geliefert, welche den Strom grösstenteils von der Axpo bezieht. Ein Ausstieg aus der Kernenergie, ohne dass die Axpo selbst auf Kernenergie verzichtet, ist deshalb kaum möglich. Das Anliegen der Postulantin ist deshalb durchaus berechtigt, doch rennt sie hier mehr als offene Türen ein. Denn die Axpo hatte schon vor den Ereignissen in Japan nie die Gewissheit, dass ein Ersatzkraftwerk gebaut und in Betrieb genommen werden kann. Deshalb studiert sie seit mehr als einem Jahr auch Alternativszenarien unter Verzicht auf Kernenergie. Dabei sollen die Folgen und Konsequenzen im Einzelnen aufgezeigt werden. Es macht deshalb wirklich keinen Sinn mehr, wenn der Vertreter des Kantons Schaffhausen im Verwaltungsrat der Axpo wie «die alte Fasnacht daherkommt» und nochmals den Antrag auf ein Stromversorgungsszenario ohne Atomstrom einbringt. Damit machen wir uns, auch innerhalb des Axpo-Verwaltungsrates, unglaublich und schwächen letztlich unsere Stellung.

Der Regierungsrat empfiehlt deshalb der Postulantin, ihren Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln. Denn das Anliegen ist – wie gesagt – schon erfüllt. Andernfalls bittet Sie der Regierungsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Dabei können Sie davon ausgehen, dass sich der Regierungsrat im Axpo-Verwaltungsrat weiterhin für die gesteckten energiepolitischen Ziele des Kantons Schaffhausen einsetzen wird.

Heinz Brüttsch (FDP): Wie bereits erwähnt wurde, hat der Bundesrat im März 2011 das Bundesamt für Energie angewiesen, die laufenden Ergänzungen der Energieperspektiven 2007 um ein weiteres Szenario unter dem Titel «Kein Zubau von KKW» zu ergänzen, verbunden mit dem Aufzeigen der entsprechenden Konsequenzen für Wirtschaft und Umwelt.

Wie stellt sich die Axpo zur Förderung erneuerbarer Energien? Mit der Verabschiedung der Aktionspläne zur Förderung der neuen Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz hat der Bundesrat im Februar 2008 das Gewicht in der Energiepolitik stärker auf den Klimaschutz gelegt, um so auch die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern.

Zwei Informationen zur Axpo selber: Der Axpo-Konzern glaubt an die Zukunft der erneuerbaren Energien. Er unterstützt das Bundesziel zur Erhö-

hung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien für die Schweiz. Bis zum Jahr 2030 wird die Axpo 3 Mia. Franken in die Förderung erneuerbarer Energien investieren und so auch die Marktführerschaft auf diesem Gebiet unterstreichen. In den nächsten Jahren strebt die Axpo einen massiven Zubau der Kapazitäten im In- und Ausland an. In der Schweiz liegt der Fokus auf der Produktion von Bandenergie, vor allem aus Kleinwasserkraft und Biomasse, längerfristig auch auf Geothermie. Im Ausland stehen Windenergie, Kleinwasserkraft und feste Biomasse im Vordergrund.

Schon seit einigen Jahren bietet die Axpo Naturstrom an, insbesondere aus Gross- und Kleinwasserkraftwerken sowie aus Biogasanlagen. Als weitere Fördermassnahme hat die Axpo den Naturstrom-Fonds geschaffen. Er unterstützt innovative Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien durch Beiträge an Forschung und Entwicklung, Pilot- oder Demonstrationsanlagen und Studien. Darüber hinaus engagiert sich die Axpo für neue, innovative und zukunftsweisende Wege in der gesamten Stromerzeugung. Unter anderem unterstützt sie die angewandte Forschung und Entwicklung auf allen Gebieten der Elektrizität – von der Produktion über die Übertragung und die Verteilung bis zur Anwendung. Der Regierungsrat verfolgt diese Entwicklung der Axpo, nimmt entsprechend Stellung und bringt sich mit ein.

Die FDP-JF-CVP-Fraktion ist mehrheitlich für Nichtüberweisung des Postulats.

Jetzt erlaube ich mir als Fraktionspräsident noch eine Anmerkung: Verstehen Sie das bitte nicht als Kritik, sondern als Anmerkung. Für mich wie auch für viele von Ihnen ist die Anhäufung von Vorstössen auffällig, speziell im Bereich Energie. Diese vielen Vorstösse benötigen Ressourcen, Kräfte im betroffenen Departement und in der Regierung, aber sicher auch bei uns in den Fraktionen und im Rat. Meiner Meinung nach dürfte eine bessere Koordination allseits erwünscht sein. Daher empfehle ich, einmal in den Parteien und Fraktionen zu diskutieren, ob eine Koordination oder eine Bündelung dieser Fragen und Vorstösse nicht sinnvoll wäre. Wenn man nämlich die Details der Fragen und der Ideen betrachtet, unterscheiden sie sich nicht wesentlich voneinander. Wenn schon verlangt wird, dass Effizienz und Sparen angesagt sind, vor allem in der Verwaltung und in der Regierung, dann könnten wir damit einen guten Beitrag dazu leisten.

Peter Scheck (SVP): Die Katastrophe in Japan hat uns natürlich alle betroffen gemacht. Es gibt aber im Kantonsrat ganz unterschiedliche Auffassungen, wie man mit einem solch schrecklichen Ereignis umgehen soll. Es ist logisch, dass die jetzige Versorgungsstrategie gesamtschwei-

zerisch überdacht wird. Es ist sogar zwingend, die Sicherheit der AKWs neu zu prüfen.

Unterschiedliche Szenarien gehören zu jeder guten Strategie eines Unternehmens. Wie wir nun erfahren haben, ist ein solches Szenario, wie es Irene Eichenberger fordert, schon lange Bestandteil der Axpo-Strategie. Damit – so erscheint es zumindest uns – ist dieses Postulat bereits erfüllt, bevor es eingereicht wurde. Mit anderen Worten: Das Postulat rennt offene Türen ein. Die Fraktion wird deshalb das Postulat geschlossen ablehnen.

Eine Zusatzbemerkung: Wir haben auf der Traktandenliste ein Sammelurium diverser Energievorstösse. Für mich sind es Hüftschüsse, die kaum ins Schwarze zielen, sondern primär Lärm erzeugen wollen. Das ist zwar taktisch, aber nicht unbedingt strategisch. Dieses Trommelfeuer nach der Katastrophe von Fukushima ist ein gesamtschweizerisches Phänomen. In allen Parlamenten wurden dieselben Vorstösse eingereicht. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Energiedebatte nicht bei jedem einzelnen Vorstoss neu geführt werden muss. Eine Debatte ist erst dann sinnvoll, wenn die wichtigsten Fakten auf dem Tisch liegen. Dies ist heute nicht der Fall. Den Vorschlag von Heinz Brütsch kann ich unterstützen.

Matthias Freivogel (SP): Die SP-AL-Fraktion unterstützt das Postulat Eichenberger. Aber ich kann nicht verhehlen, dass es aus unserer Sicht etwas schmalbrüstig daherkommt. Von den drei Szenarien, die Regierungsrat Reto Dubach erwähnt hat, gibt es unseres Erachtens nur eines, das überhaupt infrage kommt, nämlich der vorzeitige Ausstieg aus der Atomenergie, und zwar so schnell wie möglich. Ein Gutachten darüber ist nur sinnvoll, wenn es sich darüber äussert, wann und in welchen Zeiträumen der Ausstieg erfolgt. Es geht nicht mehr um ein Abschalten nach Ablauf der Betriebszeiten eines AKW und schon gar nicht um eine Weiterführung des Strommixes. Meine Damen und Herren, das ist einfach passé. Wenn Sie das Postulat jetzt überweisen, ist das gut. Und wenn Sie mein Postulat, das wir später behandeln werden, überweisen, ist es noch besser. Die Axpo muss der Atomwirtschaft das rote Licht zeigen und sagen: Auf dieser Stromschiene machen wir nicht mehr weiter. Dieser Strom gehört der Vergangenheit an. Deshalb müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Und wenn Regierungsrat Reto Dubach hier wieder sagt, solche Aufträge seien bereits erteilt worden, wir kämen jetzt daher wie die alte Fasnacht, dann möchte ich wissen, was er bei der Axpo genau gesagt hat. Hat er gesagt: Atom nein! Dann handelt es sich tatsächlich um offene Türen. Sollte er aber gesagt haben, neben dem Atom müssten Alternativen geprüft werden, ist es ganz klar, dass dieses Postulat überwiesen werden muss.

Werner Bächtold (SP): Wenn schon die Fraktionspräsidenten das Wort ergreifen, will ich nicht zurückstehen. In der letzten Legislatur, Heinz Brüttsch, hat Walter Vogelsanger (SP) die Schaffung eines kantonalen Energiegesetzes verlangt, wie es alle anderen Kantone in der Schweiz bereits haben. Die Bürgerlichen haben die entsprechende Motion jedoch abgelehnt. Schon damals haben wir die nun eingereichten Einzelvorstösse angekündigt. Die erste Serie haben wir vor etwa zwei Jahren eingereicht. Und ich kann Ihnen versichern: Die dritte Salve ist in Vorbereitung. Uns wäre es lieber, wir würden ein griffiges Energiegesetz schaffen und damit dem Regierungsrat entsprechende Aufträge erteilen, statt diese Einzelschüsse abzufeuern. Es werden also noch mehr von ihnen kommen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sie irgendwann ins Schwarze treffen werden.

Markus Müller (SVP): Wir haben heute Morgen bei der Behandlung des Geschäftsberichts der EKS AG eine gute Diskussion geführt. Wir können diese Diskussion fünf oder zwölf Mal wiederholen. Das macht sie am Schluss nicht wirksamer.

Ich wiederhole, was ich heute Morgen gesagt und was ich am letzten Samstag in der «Klettgauer Zeitung» geschrieben habe: Man sollte sich jetzt zusammenfinden und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Auch wenn die SP-AL-Fraktion jetzt die dritte, vierte oder fünfte Salve abfeuert, wird es nicht besser. Wir können schliesslich immer noch nicht zu 100 Prozent kontrollieren, was der Regierungsrat im Verwaltungsrat der Axpo sagt. Es wäre interessant, diese Protokolle durchzusehen.

In diesem Schwall von Vorstössen gibt es meines Erachtens nur einen richtigen und sinnvollen Vorstoss, und das ist derjenige von Heinz Rether betreffend Smart Grid. Über diese Motion können wir diskutieren und wahrscheinlich werden wir sie auch erheblich erklären. Aber die anderen Vorstösse rennen wirklich offene Türen ein und bringen uns letztlich nicht weiter.

Liebe Iren Eichenberger, ich glaube, Sie leben in einem falschen Jahrhundert; der Ausstieg aus der Atomenergie ist in der Schweiz Tatsache geworden. Lediglich der Zeitpunkt sowie die Art und Weise sind noch nicht festgelegt. Deshalb sollten wir nun nicht jede Kantonsratssitzung mit der Behandlung von zig Vorstössen belasten, indem wir diesen Ausstieg heroisieren oder nochmals heraufbeschwören.

Regierungsrat Reto Dubach hat eine Arbeitsgruppe zur Wohnbauförderung ins Leben gerufen. Wahrscheinlich wäre es sinnvoll und clever, eine solche Arbeitsgruppe auch für Energiethemen einzuberufen. Das würde wahrscheinlich mehr bringen, als über die vielen Vorstösse zu diskutieren. In diesem Sinne bitte ich Iren Eichenberger, ihr Postulat in eine In-

terpellation umzuwandeln. Fragen sollen erlaubt sein, aber das Postulat werde ich im Sinne meines Votums von heute Morgen nicht unterstützen.

Urs Capaul (ÖBS): Mir geht es, was die Strategie anbelangt, wie Markus Müller, aber ich ziehe andere Schlüsse daraus. Wenn es offensichtlich ist, dass nichts geschieht, dann muss man etwas Druck aufsetzen. In den «Schaffhauser Nachrichten» von heute wird der Chef der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid, Pierre-Alain Graf, zitiert, der einen Masterplan für den Ausbau der Stromnetze fordert. Er sagt ganz klar, dass übers Jahr betrachtet das Netz heute 15 Prozent der Zeit überlastet sei. Er sagt auch, dass es heute schwierig sei, den Strom von Wasserkraftwerken aus den Alpen wegzutransportieren. Das müssen wir so schnell wie möglich beenden. Das heisst: Auch die Axpo muss schleunigst in den Netzausbau investieren. Mir geht es weniger darum, der Axpo neue Vorgaben zu machen, aber die Massnahmen müssen endlich getroffen werden. Daran mangelt es nämlich. Es müssen die richtigen Investitionen getätigt werden. Das Schwergewicht liegt ganz klar bei den Netzen. Dort muss sehr schnell und sehr viel investiert werden.

Iren Eichenberger (ÖBS): Es ist natürlich wunderschön, wenn das Christkind das Weihnachtsgeschenk schon parat hat, bevor der Wunschzettel abgeschickt ist. Nach den Aussagen von Regierungsrat Reto Dubach ist das offenbar so. Ich möchte trotzdem auf einige Voten zurückkommen. Ich habe heute sehr interessante Beiträge gehört, beispielsweise zum grundsätzlichen Vorgehen oder zur Zusammenarbeit der Fraktionen. Diese Voten sind sicher eine Würdigung wert.

Anhäufung von Vorstössen: Ja, wenn man die Traktandenliste betrachtet, ist dem so. Aber mein Vorstoss wollte das eigentlich genau vermeiden. Im Übrigen hat die ÖBS schon einmal in ähnlichem Sinn etwas Grundlegendes vorausgeschoben. Es war im Jahr 2006 das Postulat von Hansueli Bernath, das ein Konzept zur Förderung erneuerbarer Energien forderte. Es dauerte dann einige Jahre, bis uns die Regierung eine Vorlage unterbreitete. Wir haben über diese Massnahmen diskutiert. Schade ist, dass wir immer wieder auf dasselbe zurückkommen müssen. Wenn sich Alfred Tappolet immer noch über die Zahlungen für die Einspeisung von erneuerbaren Energien beschweren muss, ist in diesem Bereich tatsächlich nicht alles paletti.

Selbstverständlich bin auch ich für eine Koordination. Wenn ich jetzt aber höre, mein Wunsch sei erfüllt, bin ich über die Vorstösse der SP-AL-Fraktion sehr froh. Matthias Freivogel möchte mit seinem Postulat unsere Kantonsinteressen bei der Axpo durchsetzen. Es reicht nämlich nicht, wenn wir uns hier alle einig sind. Wir müssen tatsächlich auch etwas beschliessen.

Zu Peter Scheck, der meint, ich renne mit meinem Postulat offene Türen ein: Ich habe bereits Alfred Tappolet und andere erwähnt, die noch nicht ganz zufrieden sind. Was ist trotz Strategien und Überlegungen bis jetzt geschehen, vor allem bei der Axpo und auch bei unseren Werken? Es ging immer wieder um die Favorisierung konventioneller Atomstromstrategien. Ich kann mich erinnern, dass die Axpo uns vor etwa sechs Jahren ins Schloss Charlottenfels einlud und uns vordozierte, aufgrund ihrer damaligen Berichte würden die erneuerbaren Energien nach wie vor nur eine ganz marginale Rolle spielen. Und dann hat sie vielleicht jedes Jahr ein halbes Prozent zugegeben. Aber wir sind bei Weitem noch nicht dort, wo wir eigentlich sein sollten. Das sei damit auch gesagt.

Konkret möchte ich vor allem der Regierung danken. Sie hat sich bemüht, uns einiges auszulegen, was tatsächlich im Busch ist. Regierungsrat Reto Dubach hat von einer Studie berichtet, die bereits vor einem Jahr in Auftrag gegeben worden sei. Ich frage mich nur: Wann werden wir über diese Studie informiert? Wir möchten natürlich schon Handfestes vernehmen. Wir möchten auch wissen, was aufgrund dieser Unterlagen beschlossen wird. Dass die Regierung zuerst abwarten will, was vom Bundesrat kommt, beunruhigt mich ein wenig. Denn es ist durchaus ein handgestricktes oder bescheidenes Szenario denkbar, indem der Bundesrat sagt, er verzichte auf die Schaffung neuer AKWs. Markus Müller hat zu Recht gesagt, dass diese Geschichte vorbei ist. Niemand mehr hat Interesse an neuen AKWs, die nicht nur viel zu teuer, sondern auch unsinnig sind. Die Strategie des Bundesrates müsste heissen: Wir investieren jetzt massiv und schonungslos in erneuerbare Energien. Ich bin sehr skeptisch, ob dies wirklich so postuliert wird. Bevor diese Facts auf dem Tisch liegen, haben wir meines Erachtens nichts zu verschenken.

Aber gleichwohl möchte ich die Regierung nicht in eine peinliche Lage bringen, ihr aber dennoch ans Herz legen, uns in allernächster Zeit die Ergebnisse dieser Axpo-Berichte vorzulegen. Darauf haben wir ein Anrecht. Wir sind schliesslich als Kanton an der Axpo beteiligt, wenn auch nur mit 8 Prozent.

Ich danke Regierungsrat Reto Dubach für seine Antwort und für seine Erklärungen. Zum Bedauern der SP muss ich jetzt wohl sagen: Das Postulat können wir entsorgen. Ich bin bereit, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Aber ich hoffe, dass mich Regierungsrat Reto Dubach verstanden hat.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich danke Iren Eichenberger für Ihre Schlussfolgerung. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass sich die Axpo im Besitz der Kantone befindet. Vielleicht ist dies nicht allen bekannt. Der Kanton Schaffhausen verfügt über 8 Prozent Aktienanteile. Es gibt selbstverständlich auch andere Kantone, die grössere Aktienanteile be-

sitzen. Nehmen Sie auf Ihrer politischen Ebene Einfluss auf die anderen NOK-Kantone, damit diese in ihren Parlamenten den gleichen Druck aufsetzen. Denn es nützt nichts, wenn ich wie ein Rufer in der Wüste bin. Es braucht Koalitionen, die im Axpo-Verwaltungsrat teilweise sehr schwer zu bilden sind. Mit dem CEO der Axpo habe ich bereits Kontakt gehabt, was die Bekanntgabe der Resultate betrifft. Er hat mir gegenüber verlauten lassen, dass der Wunsch danach auch andernorts bestehe. Wir werden uns also darüber unterhalten, in welcher Art und Weise die Resultate publiziert werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Geschäft ist erledigt.

*

4. Interpellation Nr. 2011/3 von Heinz Rether vom 29. März 2011 betreffend Mitgliedschaft der EKS AG im Nuklearforum Schweiz

Interpellationstext: Ratsprotokoll 2011, Seiten 158/159

Heinz Rether (ÖBS): Vorab möchte ich mich bei den «Schaffhauser Nachrichten» für die professionelle Berichterstattung zu diesem Vorstoss bedanken. Meiner Meinung nach hätte das ein mittelmässiger Sekundarschüler mindestens so gut hingekriegt. Im «SN»-Bericht wurden einfach einzelne Sätze aus der Einleitung und die im Vorstoss gestellten Fragen aufgelistet. So viel zum Thema journalistische Kreativität. Ich möchte die «SN» an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass die ÖBS-EVP-Fraktion mit dem Postulat «Smart Grid – Das intelligente Stromnetz der Zukunft» an der letzten Sitzung auch einen für die Zukunft elementar wichtigen Energievorstoss eingereicht hat, über den inhaltlich auch schon im Schaffhauser Fernsehen mit dem Direktor der städtischen Werke diskutiert wurde, wohlwollend übrigens. Über dieses Postulat habe ich bisher nichts oder nur sehr wenig gelesen, über die an der letzten Sitzung eingereichten Vorstösse der SP-AL-Fraktion allerdings schon. Sie können die professionelle Berichterstattung ja mit unserem neuen Vorstoss nochmals angehen, vielleicht gelingt ihnen da eine Qualitätsoptimierung, wie man heute so schön sagt.

Wer sucht, der findet! Und insofern hat auch der Fukushima-Effekt einen gewissen Einfluss auf diesen Vorstoss gehabt, indem er mich dazu gebracht hat, zu hinterfragen, was wir eigentlich tun, was uns wichtig ist oder was uns wichtig zu sein scheint. Insofern war ich nicht sehr überrascht, als ich unsere EKS AG an prominenter Stelle als Unterstützerin der Ideen des Nuklearforums Schweiz vorfand.

Nun, wenn unser Kanton auch in Zukunft voll auf Atomstrom setzen würde, dieser vorbehaltlos akzeptiert, sicher und nachhaltig produziert würde, eine Zustimmung auch für die Endlagerung über die Parteigrenzen hinaus bestünde, dann, ja dann hätte ich mir die Mühe für diesen Vorstoss sparen können. Inzwischen hat aber die Regierung einen Ausstieg aus der Atomkraft angekündigt. Zeitlich und inhaltlich zwar noch nicht definiert, aber der Wille ist ersichtlich und spürbar. Und dafür kann man unserer Regierung nur ein Kränzlein winden. Ich erwarte aber bis zum nächsten EKS-Bericht richtungsweisende Entscheide.

Inzwischen haben wir in unserer Kantonsverfassung den Widerstand gegen Endlager auf Kantonsgebiet und in anliegenden Kantonen verankert und er wird praktiziert.

Nun wissen wir, dass wir bisher nicht die sichersten AKWs der Welt hatten, wie uns immer weisgemacht wurde, sondern dass auch unsere Werke mit zahlreichen Mängeln zu kämpfen hatten und immer noch haben. Ich gehe davon aus, dass Mühleberg in absehbarer Zeit vom Netz genommen wird, da es sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen wird, die vom Bund (ENSI) verlangten Optimierungen bei einem so maroden, alten Werk noch vorzunehmen. Ich nehme diesbezüglich von bürgerlicher Seite oder von der Atomlobby gern Wetten entgegen.

Inzwischen wissen wir, dass die Wiederaufbereitung unserer Brennstäbe nicht so sauber ist, wie wir bisher glaubten. Stichwort «Majak». Das war dieser Tage auch wieder in der Presse zu verfolgen.

Inzwischen zeigt uns Japan in aller Brutalität auf, welche Konsequenzen das Spiel mit der atomaren Brennmasse haben kann, und lehrt uns neue Dimensionen der Wahrscheinlichkeiten fürchten.

Inzwischen sterben und erkranken Menschen in Japan, werden immer weitere Landstriche bis auf absehbare Zeit geräumt und mit Unmengen von Steuergeldern notdürftig saniert, dort, wo es überhaupt noch Sinn macht. Bis sich die japanische Volkswirtschaft davon erholt hat, wird es Jahrzehnte dauern.

Inzwischen überprüft auch die Schweiz ihre AKWs, zum Glück nach denselben Standards wie ganz Europa, und macht keinen intransparenten Alleingang.

Inzwischen hat in vielen Köpfen ein Umdenken stattgefunden. Ein Neubau von AKWs ist politisch in weite Ferne gerückt, sagen sogar die kühnsten Befürworter und Lobbyisten der Atombranche. Dazu passt, dass die CVP in den letzten Tagen den Atomausstieg beschlossen hat.

Inzwischen sucht der Bund nach alternativen Szenarien und diskutiert mögliche Ausstiegswege.

Sie sehen, wir leben in einer Zeit, in der ein Umdenken stattfindet, wenn das auch noch nicht alle wahrhaben wollen. Wenn wir morgen über Atomenergie abzustimmen hätten, würde sie abgeschafft, und zwar so

schnell wie möglich. Das Stimmvolk fordert von der Politik jetzt Antworten, Planungen und eine grundsätzliche Neuorientierung vor allem der politischen Mehrheit in der Energiepolitik, und die Mehrheit ist bei uns halt eben bürgerlich, und zwar deutlich. Wenn also die Bürgerlichen nicht Nägel mit Köpfen machen, wird ihnen das Volk nicht mehr glauben, wenn sie sagen, die Linken und die Grünen hätten alles verhindert. Sie werden dafür die Quittung erhalten, sie werden die Verantwortung dafür zu tragen haben; wenn sie jetzt nicht reagieren, machen sie nichts anderes als Vogel-Strauss-Politik.

Ein weiterer Aspekt, weg von der nuklearen Bedrohung, ist die ideologische Ausrichtung unserer EKS AG. Wollen wir, auch nach Fukushima und mit den Erkenntnissen daraus, dass der Name unserer kantonalen Werke öffentlich für die Atomstromherstellung und den Atomstromgebrauch und -handel wirbt, obwohl der Kanton, wie oben erwähnt, höchstwahrscheinlich auf dem Weg in die andere Richtung ist? Ein Umdenken beginnt im Kopf, und dies äussert sich dann in Massnahmen. Eine Massnahme könnte sein, die Mitgliedschaft in Organisationen wie dem Schweizer Nuklearforum zu überdenken oder zumindest auch Mitgliedschaften in anderen, Nicht-Atomstrom-Vereinigungen anzustreben. Denn eines ist gewiss: Wenn Atomstrom ein Auslaufmodell bleibt, und davon gehe ich aus, dürfen wir die anderen Stromproduktionsmöglichkeiten nicht mehr so stiefmütterlich wie bisher behandeln. Am einfachsten wäre es, die aktuelle EKS-Leitung und der Verwaltungsrat würden sich dessen bewusst und vorbehaltlos zumindest die Richtung der Regierung und des Kantonsrates mittragen. Noch besser wäre es, wenn die Regierung die EKS AG in ihrem Bestreben nach neuen erneuerbaren Energieträgern bremsen müsste. Das Gegenteil ist aber leider Realität. Das macht mich traurig. Das Volk hat ein Anrecht darauf, diesen Missstand zu erfahren. Es gibt andere Werke, die dem Ausstieg bedeutend offener gegenüberstehen und den Weg zu Neuem deutlich beherzter gehen als unsere kantonseigenen Werke. Diese schieben immer die Entschuldigung vor, billigen Strom zur Verfügung zu stellen. Aber in dieser Situation sind all die anderen Orte oder Länder Europas, die noch bedeutend grössere wirtschaftliche Ressourcen mit Strom füttern müssen, im Bereich erneuerbarer Energien deutlich weiter als wir.

In diesem Zusammenhang setze ich auch einmal ein Fragezeichen hinter die Strategie der neuen EKS-Leitung und des dazugehörigen Verwaltungsrats. Für mich ist die Rolle der einzelnen Exponenten nicht transparent. Ich fühle mich momentan durch niemanden wirklich vertreten. Anlässlich einer Stammtischdiskussion im Radio Munot sprach ich im Anschluss mit Markus Müller über dieses Thema. Er antwortete, dass man halt wieder vermehrt Kantonsräte in den Verwaltungsrat einbinden müsste. Sinnvollerweise solche, die die Richtung der Mehrheit des Rates

vertreten. Ich muss sagen, nachdem mir einiges aus ganz verschiedenen Richtungen über die Praxis und vorhandenen Ideologien in der EKS-Leitung zu Ohren gekommen ist, wäre das nicht das Dummste, was wir tun könnten.

Aber vorerst: Der Ausstieg beginnt im Kopf. Zumindest müssten wir die Richtung zeigen und überdenken, ob die Mitgliedschaft der EKS AG im Nuklearforum das einzig Richtige ist oder ob wir uns da nicht breiter aufstellen müssten oder sogar einen Ausstieg aus dem Nuklearforum in Betracht ziehen wollen. Ich bin guter Hoffnung, dass die Regierung ein offenes Ohr für die gestellten Fragen hat und Antworten liefert, mit denen wir etwas anfangen können, mit denen wir wenigstens hier im Rat einen Schritt vorwärtskommen. Ich weiss nicht, ob Sie es gemerkt haben, aber das Atomzeitalter ist im Begriff, sein Ende einzuläuten. Dies nicht nur wegen Fukushima, sondern auch weil die Atomlobby mit ihrer Sturheit und ihrer starren Haltung an dieser Tatsache nicht ganz unbeteiligt ist.

Regierungsrat Reto Dubach: Die Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen AG (EKS AG) haben den Auftrag, in ihrem Versorgungsgebiet interessierte Kundinnen und Kunden an das Elektrizitätsnetz anzuschliessen und sie mit Elektrizität zu versorgen. Der Strommix der EKS AG basiert seit Jahrzehnten zu einem wesentlichen Teil auf Kernenergie. Solange die EKS AG Kernenergie vertreibt, ist es legitim und gehört es gewissermassen zu ihrer Pflicht, auf dem neuesten Informationsstand hinsichtlich dieser vorgelagerten Produktionstechnologie zu sein.

Die EKS AG beziehungsweise die damalige öffentlich-rechtliche Anstalt EKS ist vor über 60 Jahren dem «Nuklearforum Schweiz» beigetreten. Das war also vor Hanspeter Lehnherr und vor Ernst Neukomm. Das war noch zu Zeiten von Ernst Lieb. Im Übrigen gehören auch andere verschiedene kantonale Elektrizitätswerke neben sonstigen Organisationen aus der Strombranche dem Nuklearforum an. Beispielsweise die kantonalen Elektrizitätswerke von Aargau, Graubünden, Nidwalden, St. Gallen und Zürich. Die EKS AG ist zu einer Zeit beigetreten, in welcher diese Technologie aufgekommen ist. So hat das älteste Schweizer Kernkraftwerk, Beznau-1, im Jahre 1969 seinen Betrieb aufgenommen. Die jährlichen Kosten für die Mitgliedschaft von 1'600 Franken sind bescheiden. Vor diesem Hintergrund erscheint eine vom Regierungsrat verordnete Sistierung der Mitgliedschaft weder zwingend noch zielführend. Der Verein «Nuklearforum Schweiz» bezweckt zudem wesentlich mehr als «nur» die Förderung der Kernenergie zur Stromproduktion. Es geht vielmehr um eine breite Anwendung nuklearer Techniken in Medizin, Industrie und Forschung sowie um Diskussionsforen.

Die EKS AG ist an keinen weiteren Interessenverbänden der Kernenergie beteiligt. Der Interpellant hat ebenfalls danach gefragt. Dagegen unter-

stützt sie diverse Organisationen, welche die Förderung von erneuerbaren Energien verfolgen. Die EKS AG ist etwa Gründungsmitglied der Energieagentur Konstanz, deren Anliegen es ist, Privatpersonen, Unternehmen und Gemeinden im Kreis Konstanz rund ums Energiesparen und um den Einsatz erneuerbarer Energien neutral und kompetent zu beraten. Des Weiteren fördert die EKS AG mit ihrem Naturstromangebot der Axpo den Ausbau neuer erneuerbarer Energien. Auch der EKS-Förderfonds und die EKS-Naturstrombörse fördern erneuerbare Energien. Davon haben wir heute bereits gesprochen, mit allen Vor- und Nachteilen. Die EKS AG engagiert sich damit stärker und vor allem aktiver im Bereich erneuerbarer Energien als im Verein «Nuklearforum Schweiz», in dem die Zugehörigkeit in erster Linie informative Gründe hat. Schliesslich wird auch die Axpo, an welcher der Kanton Schaffhausen bekanntlich mit knapp 8 Prozent beteiligt ist, bis zum Jahr 2030 nicht weniger als drei Milliarden Franken in die Förderung erneuerbarer Energien investieren. Es ist innerhalb der Axpo bereits diskutiert worden, ob man diese Summe nicht entsprechend erhöhen solle. Die EKS AG möchte auch in Zukunft davon absehen, ihre Mitgliedschaften auf ihrer Homepage aufzuführen, wie es der Interpellant verlangt hat.

Ganz wichtig ist, dass die EKS AG die Strategie des Mehrheitsaktionärs, also des Kantons Schaffhausen, umzusetzen hat. Und diese Vorgabe ist klar: Der Regierungsrat strebt – und zwar schon vor dem Nuklearunfall in Japan – einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie an. Weil der Bau eines neuen Kernkraftwerks nach Fukushima unrealistisch geworden ist, muss nun das Tempo für diesen Ausstieg erhöht werden. Entsprechende Vorarbeiten laufen zusammen mit der Stadt Schaffhausen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden, gestützt auf ein überwiesenes Postulat, dem Kantonsrat im Verlauf des Sommers 2011 unterbreitet. Das Ausstiegsziel hat natürlich auch Auswirkungen auf die Eigentümerstrategie des Regierungsrates gegenüber der EKS AG. Danczumal wird sich auch die Frage nach der Mitgliedschaft stellen.

Der Kanton Schaffhausen gehört – und das sei zum Schluss auch wieder einmal erwähnt – schon heute zu den Vorreitern, was die Förderung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz betrifft. Wir haben ein ambitioniertes Energieförderprogramm. Diese aktive Rolle möchte und muss unser Kanton auch künftig wahrnehmen. Wenn er diesen Weg konsequent fortsetzt, wird auf kantonaler Ebene ein Ausstieg aus der Kernenergie ein denkbares Szenario. Und spätestens dann ist auch die Mitgliedschaft der EKS AG im «Nuklearforum Schweiz» kein Thema mehr.

Auf die Frage des Vorsitzenden beantragt Heinz Rether Diskussion. Ein Gegenantrag wird nicht gestellt. Diskussion ist somit beschlossen.

Heinz Rether (ÖBS): Was ich aus der Antwort zu wenig herausgehört habe, ist die Bereitschaft, das Nuklearforum inhaltlich infrage zu stellen. Regierungsrat Reto Dubach hat davon gesprochen, dass man da Sicherheitsaspekte mitnehmen könne, die auch für den Kanton Schaffhausen relevant seien. Das ist aber nur ein Inhalt des Nuklearforums. Wenn man auf der Homepage des Forums liest, welches Ziel und welchen Inhalt dieses hat, geht es vor allem darum, den Atomstrom in so gute Häppchen zu verpacken, dass ihn jeder frisst. Das ist der Inhalt des Nuklearforums. Und das ist genau der Widerspruch, den wir momentan zur Stossrichtung im Kanton haben: dass der Kanton beziehungsweise der Regierungsrat eigentlich aus der Atomenergie aussteigen will. Deshalb hätte ich schon erwartet, dass man den Rether nicht verurteilt, weil er das fragt, und sagt, wir hätten Sicherheitsaspekte, sondern dass man sagen würde: Wir überdenken das kritisch und schauen, wo wir uns auch unter diesem Aspekt in Zukunft anders positionieren können. Und welches sind die Möglichkeiten, wo wir uns positionieren können? Wo können wir uns sonst noch anhängen ausser in den Bereichen, wo wir das schon getan haben? Es gibt auch noch andere Möglichkeiten. Ich habe an anderer Stelle mit Regierungsrat Reto Dubach schon darüber gesprochen. Solche Äusserungen hätte ich gern auch vernommen.

Die Sicherheitsaspekte sind für mich eine vordergründige Entschuldigung, denn der Kanton Schaffhausen ist meines Wissens kein Atomstromproduzent. Dann wären die Sicherheitsaspekte wirklich vordergründig. Wir brauchen sicher atomares Material in anderen Bereichen, aber dafür ist es nicht zwingend, dass man deswegen in einem Forum Mitglied ist, das die Atomenergie als solche und vor allem die Vermarktung und den Handel mit Atomstrom ins Zentrum stellt und auch nicht zulässt, dass man das kritisch hinterfragt. Deshalb möchte ich gerne hier die Diskussion starten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das Geschäft ist erledigt.

*

5. Motion Nr. 2011/2 von Daniel Fischer vom 14. März 2011 betreffend Offenlegung von Zuwendungen an Politiker, Parteien und Komitees

Motionstext: Ratsprotokoll 2011, Seite 107.

Schriftliche Begründung

Unsere Schweizer Demokratie lebt von einer umfassenden, offenen und transparenten Informationspolitik. So müssen Politiker in den meisten Parlamenten Interessenbindungen offenlegen. Einzig im Bereich der finanziellen Zuwendungen an Politiker, Parteien oder Komitees fehlt diese Transparenz vollständig, es herrscht eine regelrechte Geheimniskrämerei. Dies hat zur Folge, dass bereits heute bei vielen Bürgern der Eindruck vorherrscht, Politiker und Parteien könnten mit grossen Summen beeinflusst, Abstimmungsergebnisse mit Millionenbeträgen gekauft werden. Parlamentsbeschlüsse auf nationaler Ebene, wie zum Beispiel bei der Verhinderung von Parallelimporten von Medikamenten oder in Bezug auf Verzögerungsstrategien bei der Abzockerinitiative, bestärken viele Bürger in der Auffassung, dass da im Hintergrund massiv mit Geldern beeinflusst wird. Dies darf nicht sein. Nur mit einer transparenten Regelung kann das Vertrauen in die Schweizer Politik verbessert werden.

Die Schweizer Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, welche Einzelpersonen, Unternehmen oder Organisationen sich im grossen Stile in Abstimmungskämpfen oder Wahlgängen engagieren oder gewissen Parteien oder Politikern grosse Spenden zukommen lassen.

Es geht uns nicht darum, diese Zuwendungen zu verhindern oder zu verbieten oder Kleinstspender an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Spenden müssen und sollen weiterhin möglich sein. Kleinere Spenden sollen nicht offengelegt werden müssen. Vorstellbar wäre auf kantonaler Ebene eine Offenlegungspflicht ab zum Beispiel 5000 Franken. Grössere Zuwendungen sollen weiterhin möglich sein, aber transparent gemacht werden.

Daniel Fischer (SP): Für einmal heute kein Energiethema, wobei ich vielleicht noch etwas mehr Transparenz an den Axpo-Sitzungen einbauen könnte. Da kämpfe ich für mehr Transparenz in der Politik.

Mal ehrlich, können wir stolz darauf sein, dass wir gemäss der Organisation Transparency International im einzigen demokratischen Land der Welt leben, das keine Regelung bezüglich Parteienfinanzierung hat, in dem ganz geheim mit Millionenbeträgen Parteien, Politiker und Abstimmungen «beeinflusst» werden können? Ich kann es nicht.

Immer wieder hört man von den Gegnern von mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung das Argument, dass wir ein Milizsystem hätten und darum die Finanzierung der Parteien Privatsache sei. – Ist es nicht! Ich sage Ihnen, warum: Wir leben in einer Demokratie und die Demokratie ist ein öffentliches Gut von unschätzbarem Wert. Aber eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn eine offene, umfassende und transparente Informationspolitik herrscht. Eine Demokratie zeichnet sich auch durch einen für den Bürger nachvollziehbaren politischen Entscheidungsprozess aus. Der Bürger muss sehen können, wer, wie und in welchem Umfang auf diese Entscheidungsprozesse Einfluss nimmt. Genau deshalb ist jegliche Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse in einer Demokratie keine Privatsache. Dazu zählt insbesondere auch die finanzielle Einflussnahme auf Parteien, Komitees oder Einzelpersonen. Das Argument der Transparenzgegner, Politiker liessen sich im Stimmverhalten durch Grossspenden nicht beeinflussen, ist ein fertiger Unsinn. Warum sonst spenden dann diese Unternehmen gezielt an Einzelparteien, wenn es sich nicht auszahlt? Die sind ja nicht blöd. Ein Beispiel: 2009 erhielt die CVP kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Ständerat über die Managerlöhne der UBS rund 150'000 Franken von ebendieser Grossbank. Das Zusammenfallen mit der Abstimmung sei reiner Zufall, meinte CVP-Chef Christophe Darbellay gegenüber den Medien. Von solchen Spenden liesse man sich nicht beeinflussen. Dumm nur, dass die Zeitung «Der Sonntag» einige Tage vor der Überweisung der UBS-Spende alle Ständeräte befragt hatte, wie sie zu einer Obergrenze für Managerlöhne stünden. Und siehe da, das Sonntagsblatt konnte nachweisen, dass viele CVP-Politiker – nach der Überweisung der UBS-Parteispende – plötzlich gekippt und auf die Linie der UBS eingeschwenkt waren. Immer noch kommen in regelmässigen Abständen geheime Spenden ans Licht. So gab vor einigen Wochen der Chef des Stromriesen Alpiq, unter anderem Betreiber des AKW Mühleberg, zu, dass sie Spenden an FDP, CVP und SVP, nicht aber an SP und Grüne zahlten. Dieser Tage erfuhr man, dass die Hirslanden-Gruppe im vergangenen Jahr der FDP eine Spende von 10'000 Franken zukommen liess, weil die Partei sich für marktorientierte Strukturen im Gesundheitswesen einsetze (Zitat aus dem Jahresbericht der Medi-Clinic). Hirslanden und FDP, da kommt mir ein Vorstoss von Christian Heydecker in den Sinn mit dem Titel: «Mehr Privat, weniger Staat – wie weiter in der Spitalversorgung?» Einzig der SVPLer und Bahnbauer Peter Spuhler gab vor Wochen in einem Interview zu, seine Partei im Wahlkampf mit etwa 100'000 Franken zu unterstützen. Vorbildlich! Markus Müller hat mir vorher gesagt, seine Partei werde meinem Vorstoss zustimmen, bei ihnen wisse man sowieso, wer zahle. Die Schweiz ist das einzige demokratische Land, das eine völlig intransparente Parteienfinanzierung hat, und das müssen wir ändern.

OSZE-Wahlkampfbeobachter haben bereits 2008 diese undurchsichtige und darum korruptionsanfällige Parteienfinanzierung scharf gerügt. Die Anti-Korruptions-Delegation des Europarates (GRECO) besuchte in den vergangenen Tagen die Schweiz und führte dabei auch Gespräche mit den Parteien. Wie man hört, hätte einzig die SVP keine Auskünfte über Einkünfte erteilen wollen. Ihren Bericht wird die GRECO Ende Jahr veröffentlichen. Er wird sicherlich alles andere als schmeichelhaft für die Schweiz ausfallen.

Was in grossem Stile auf nationaler Ebene möglich ist, die Beeinflussung von Parteien, Politikern und Komitees durch geheime Grossspenden, ist leider auch im kleinen Stile möglich, sprich in unserem Kanton. Ich erinnere an die HarmoS-Abstimmung, an der die HarmoS-Gegner die Rekordsumme von rund 100'000 Franken einsetzen konnten; den Befürwortern standen nur knapp 10'000 Franken zur Verfügung. Die Schaffhauser Bevölkerung hat ein Recht, zu erfahren, welcher Zürcher Milliardär uns Schaffhausern mit solch grossen Beträgen sein Schulsystem aufzwingen will.

Es ist richtig, die Vorbereitungsarbeiten für eine oder gar zwei eidgenössische Volksinitiativen zum Thema Parteienfinanzierung laufen seit einem Monat auf Hochtouren. Ich bin in dieser vorbereitenden Kerngruppe dabei. Noch geht es um die konkrete Ausgestaltung und Formulierung der Initiativen. Sicher ist bisher, dass zumindest eine reine Transparenz-Initiative gestartet werden wird mit einer Obergrenze von vermutlich 10'000 Franken. Die Frage, ob es noch eine weitere Volksinitiative zum Thema Parteienfinanzierung geben wird, ist umstritten und noch völlig offen. Wer mitwirken oder über die inhaltliche Ausgestaltung mitentscheiden will, ist herzlich eingeladen.

Braucht es trotzdem kantonale Lösungen? Ich habe gehört, dass einige heute nicht zustimmen werden mit der Begründung, sie würden eine nationale Lösung befürworten. Wenn die erwähnten eidgenössischen Volksinitiativen durchkämen, brauche es keine kantonalen mehr. Es braucht trotzdem eine kantonale Lösung, und zwar aus drei Gründen: Bei den nationalen Volksinitiativen geht es nur um eidgenössische Fragen: Zuwendungen an nationale Parteien, an Kandidaten bei eidgenössischen Wahlen oder an eidgenössische Komitees respektive Abstimmungen. Es muss auch kantonale Lösungen geben, ansonsten könnten die eidgenössischen Bestimmungen locker umgangen werden, indem man einfach einer kantonalen Partei grosse Summen zukommen lässt, die diese dann wieder an die Schweizer Partei zurückfliessen lässt. In Genf und im Tessin gibt es bereits solche Regelungen, in vielen weiteren Kantonen sind Vorstösse am Laufen oder werden demnächst eingereicht. Selbst kantonale Volksinitiativen sind geplant: im Aargau und, neustes Beispiel, im Kanton Luzern. Dort startet die BDP eine Volksinitiative mit fast demsel-

ben Inhalt wie die vorliegende Motion. Ihre Offenlegungsbegrenzung liegt bei 10'000 Franken.

Noch einmal, wir wollen weder Kleinspender ans Licht der Öffentlichkeit zerren noch Spenden verhindern. Man soll weiterhin so viel spenden dürfen, wie man will, aber ab einer gewissen Grenze soll ein Unternehmen, ein Einzelspender dies offenlegen müssen. In den letzten Jahren hat die Politik sowieso viel an Goodwill und Vertrauen verloren. Geheime Spenden haben das Ihrige dazu beigetragen. Dieses Vertrauen in Politiker und Parteien müssen wir wieder herzustellen versuchen. Mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung ist ein erster Schritt dazu.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Die Motion von Daniel Fischer hat den Inhalt, dass die Regierung eingeladen wird, Bericht und Antrag über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Offenlegung von Spenden an Parteien, Politiker und Abstimmungskomitees zu erstellen.

Der Vorstoss zielt auf die Offenlegung der Herkunft, der Höhe und der Verwendung finanzieller Zuwendungen an Parteien, an Komitees bei Abstimmungen und an Kandidierende bei Wahlen ab, da dieser Vorgang für eine rechtsstaatliche Demokratie von essentieller Bedeutung sei. Wie dem Titel der Motion entnommen werden kann, sollen Parteien und Komitees sowie Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen verpflichtet werden, über finanzielle Zuwendungen öffentlich Rechenschaft abzulegen. Ebenso sollen umgekehrt Vereine und Verbände verpflichtet werden, über die finanzielle Unterstützung von Wahl- oder Abstimmungskampagnen öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Es ist richtig, dass in der Schweiz grundsätzlich keine Regelungen betreffend Parteienfinanzierung bestehen, weder auf kantonaler noch auf eidgenössischer Ebene. Auf die Details komme ich noch zu sprechen.

Erlauben Sie mir nun einen kurzen, vergleichenden Überblick über die Regelungen in anderen Kantonen, sie wurden teilweise schon erwähnt, und auf die Bestrebungen in diesem Zusammenhang auf Bundesebene. Im Kanton Tessin besteht seit dem 1. Januar 1999 eine Regelung betreffend die Publikation von Spenden an politische Parteien und Bewegungen sowie an Kandidierende bei Wahlen. Danach müssen Parteispenden von mehr als 10'000 Franken sowie Spenden an einzelne Kandidatinnen und Kandidaten bei kantonalen Wahlen von über 5'000 Franken einen Monat vor der Wahl samt Identität der Donatoren der Staatskanzlei bekannt gegeben werden. Gemäss der Staatskanzlei des Kantons Tessin wurden bis Ende 2009, also in den ersten 10 Jahren dieser Regelung, insgesamt 20 Spenden an politische Parteien gemeldet und im Amtsblatt publiziert. Einzelpersonen hätten dagegen bisher keine Spenden zur Publikation gemeldet.

Seit dem 21. August 1999 verfügt auch der Kanton Genf über eine gesetzliche Regelung betreffend die Offenlegung von Wahl- und Abstimmungsspenden. Die politischen Parteien müssen danach ihre Jahresrechnung dem kantonalen Finanzinspektorat vorlegen und dabei die eingegangenen Spenden samt Identität der Donatoren ausweisen. Neu sind für diese Kontrolle private Revisionsfirmen zuständig. Im Gegenzug unterstützt der Kanton die Parteien, die bei den Wahlen die 5-Prozent-Hürde geschafft haben, mit jährlich pauschal 100'000 Franken und für jeden Sitz im Parlament zusätzlich mit 7'000 Franken. Hier haben wir eine öffentliche Parteienfinanzierung, sozusagen als Gegenpol oder Gegenstück zur Offenlegungspflicht von privaten Spenden.

Ein weiteres Beispiel ist der Kanton Basel-Landschaft: Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft statuiert eine Rechenschaftspflicht bezüglich Herkunft und Verwendung der Mittel der politischen Parteien, sofern diese vom Kanton gefördert werden. Im Mai 2000 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft dem Landrat den Entwurf eines Parteienförderungsgesetzes unterbreitet. Darin war die Ausrichtung staatlicher Beiträge an Parteien vorgesehen. Die solcherart unterstützten Parteien hätten dafür dem Kantonsparlament ihre Jahresrechnungen zur Kenntnis bringen müssen. Am 4. März 2001 hat das Baselbieter Stimmvolk das vom Landrat beschlossene Parteienförderungsgesetz allerdings abgelehnt.

Im Kanton Basel-Stadt wurde eine Motion betreffend die Offenlegung finanzieller Zuwendungen an politische Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen in die Regierung, in die eidgenössischen Räte und die Gerichte vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt am 3. Februar 2010 nicht überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Der Zürcher Kantonsrat hat am 31. Januar 2000 eine Einzelinitiative über eine Meldepflicht bezüglich Zuwendungen an politische Parteien oder Komitees abgelehnt. Auch die neue Kantonsverfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 statuiert keine Pflicht zur Offenlegung finanzieller Zuwendungen an politische Parteien. Am 19. November 2007 war im Zürcher Kantonsrat eine parlamentarische Initiative betreffend die «Finanzierung von Parteien, Wahlen und Abstimmungen» eingereicht worden, die vom Parlament am 6. Juli 2009 aber abgelehnt wurde. Nur kurze Zeit später, am 26. Oktober 2009, lehnte das Zürcher Kantonsparlament zudem eine entsprechende Motion ab.

Zu guter Letzt noch das Beispiel des Kantons Luzern, das bereits erwähnt wurde: Die BDP des Kantons Luzern hat im März 2011 eine kantonale «Volksinitiative für eine transparente Politfinanzierung» lanciert. Darin verlangt die BDP des Kantons Luzern, dass in Zukunft Spenden über 10'000 Franken ausgewiesen werden müssen.

Auch auf Bundesebene werden regelmässig Diskussionen betreffend die Offenlegung finanzieller Zuwendungen an Parteien und Kandidierende bei Wahlen geführt. Grund dafür ist nicht zuletzt der Umstand, dass immer wieder auch internationale Organisationen die fehlende Transparenz der Parteienfinanzierung in der Schweiz ganz grundsätzlich monieren. In seiner Beantwortung einer Anfrage von Nationalrätin Margret Kiener Nellen vom 19. Dezember 2008 betreffend Transparenz bei der Finanzierung politischer Parteien vom 11. Februar 2009 wies der Bundesrat aber auf den Umstand hin, dass, was (...) eine weiter gehende Transparenzregelungen anbelangt, (...) bis heute keine mehrheitsfähige Regelung in Sicht (sei). Auch in den letzten zwei Jahren lehnten es die eidgenössischen Räte insgesamt (...) fünfmal ab, eine Offenlegungspflicht für Parteifinanzien auch nur in Erwägung zu ziehen. Bezüglich drei weiterer parlamentarischer Initiativen (Endlich Transparenz in der Schweizer Politik [SP-Fraktion], Transparenz in der Parteienfinanzierung [Nationalrat Antonio Hodgers], Weniger Chancenungleichheit bei den Nationalratswahlen 2011 [Nationalrat Andreas Gross]) hat der Nationalrat am 9. März 2010 entschieden, den Vorstössen nicht Folge zu leisten.

Gemäss Angaben in den Medien (vgl. Tagesanzeiger vom 2. April 2011) planen zwei SP-Nationalräte, im Sommer 2011 eine eidgenössische Volksinitiative für Transparenz bei Parteispenden zu lancieren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auf kantonaler Ebene die Kantone Tessin und Genf eine Regelung zur Offenlegung von Zuwendungen an Parteien kennen. Im Kanton Tessin hat die Offenlegungspflicht kaum eine Bedeutung erlangt. Im Kanton Genf ist die Offenlegungspflicht gekoppelt mit einer staatlichen Parteienunterstützung. Auf Bundesebene wiederum wurde eine Offenlegungspflicht verschiedentlich diskutiert, aber jedes Mal abgelehnt.

Nach Ansicht des Regierungsrates lebt die direkte Demokratie in der Schweiz unter anderem auch davon, dass Private bereit sind, Abstimmungskampagnen zu finanzieren. Wenn niemand die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um eine Kampagne zu machen, dann fehlt die für die Entscheidungsfindung so wichtige öffentliche Debatte. Dem Regierungsrat erscheint es zweifelhaft, ob mit einer gesetzlich statuierten Offenlegungspflicht wirklich eine umfassende Transparenz über die Finanzierungsquellen politischer Akteure erreicht werden kann oder ob nicht vielmehr kontraproduktive Effekte – beispielsweise der vermehrte Eingang anonymer Spenden – zu erwarten sind. Es ist zudem davon auszugehen, dass kaum eine Regelung gefunden werden kann, welche nicht Umgehungsmöglichkeiten bieten wird. Werden aber solche Umgehungen publik, schaden sie dem Ansehen der Politik insgesamt. Eine Offenlegung von Partei- und Wahlkampfspenden dürfte deshalb weder von der Empfängerenschaft noch von den Spenderinnen und Spendern erwünscht sein.

Eine Pflicht politischer Parteien und Kandidierender sowie von Vereinen und Verbänden zur Rechenschaftsablage könnte deshalb die Bereitschaft von Privaten, Wahl- oder Abstimmungskämpfe finanziell zu unterstützen, erheblich mindern. Darunter würde wiederum die Intensität der öffentlichen Debatte im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen leiden.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass in der Schweiz die politische Gesinnung und die privaten Finanzen traditionell sehr diskret und sensibel behandelt werden. Die Offenlegung von Parteispenden steht auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechten (persönliche Freiheit, Stimmgeheimnis). Zu berücksichtigen ist schliesslich, dass bei einer gesetzlichen Verankerung der Pflicht zur Offenlegung finanzieller Zuwendungen an Parteien und Kandidierende verschiedene Vollzugsfragen beantwortet werden müssten: So wäre zu prüfen, ab welcher Höhe über eine finanzielle Zuwendung öffentlich Rechenschaft abgelegt werden müsste, da das öffentliche Interesse an der Offenlegung aller Wahlspenden wohl kaum in einem sinnvollen Verhältnis zum damit verbundenen privaten und staatlichen Aufwand stünde. Wie das Beispiel des Kantons Tessin zeigt, ist Transparenz in der Wahlkampagnenfinanzierung zudem nur dann erreichbar, wenn die Befolgung der entsprechenden Offenlegungspflichten kontrolliert und durchgesetzt wird und wenn Verstösse geahndet werden können. Im Vordergrund würden hier wohl die Offenlegung der Jahresabschlüsse der Parteien beziehungsweise der Wahlkampfabrechnungen der einzelnen Kandidierenden sowie das Statuieren einer Sanktionenordnung stehen.

Unbestrittenermassen wurden und werden in der Schweiz insbesondere Abstimmungskampagnen teilweise mit hohen Geldbeträgen unterstützt. Wenn also irgendwo der Hebel für mehr Transparenz angesetzt werden sollte, dann in jedem Fall auf eidgenössischer Ebene. Auf kantonaler Ebene sind massive Abstimmungskämpfe die absolute Ausnahme. Entsprechend sieht der Regierungsrat keinen Bedarf für eine Regelung auf kantonaler Ebene und beantragt aus den erwähnten Gründen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Samuel Erb (SVP): Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wird die Motion ablehnen. Es ist ganz offensichtlich, dass die SP mit ihrem Vorstoss die bürgerlichen Parteien schwächen will. Die Fraktion sieht es richtig: Spenden sind Privatsache und die Parteien sind ein Teil unseres Milizsystems. Viele Spender wollen nicht, dass man weiss, wen sie finanziell oder geistig (ideell) unterstützen. Man wird die privaten Spender vertreiben, wenn man sie zum Outing zwingt. Die Folge ist zu Recht das Ende der privaten Parteienfinanzierung und damit das Ende des Milizsystems. Noch grundsätzlicher: Das Wahlgeheimnis ist eine Errungenschaft der freiheitlichen

Demokratie. Man hat die Landsgemeinden abgeschafft, um den Bürger bei der Stimmabgabe vom Umgebungsdruck zu befreien. Das Parteispendengeheimnis ist das zwingende Pendant zum Wahlgeheimnis. Einzig die SP bedient sich des Themas regelmässig, um den bürgerlichen Parteien Abhängigkeit oder gar Bestechlichkeit vorzuwerfen. Noch angenehmer wäre den linken Parteien eine staatliche Regelung. Und wie sieht es mit dem Datenschutz aus, Daniel Fischer? Ich möchte mein Votum so schliessen: Es ist purer Neid der Besitzlosen!

Felix Tenger (FDP): Auch die FDP will klare Regeln zur Parteifinanzierung. Wir sind allerdings der Meinung, dass dies auf nationaler Ebene implementiert werden sollte. Die FDP Schweiz ist auch bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und hat verbindliche Regeln zur Finanzierung erlassen. Ich zitiere aus einem internen Papier, das ich Ihnen jetzt zugänglich mache: «Die FDP beschränkt die jährliche Unterstützung pro Gönner auf maximal 1/15 des jährlichen Budgets. Sollte sich nachträglich zeigen, dass in einem Jahr ein Gönner mehr als 1/15 der Parteikosten zahlte, wird dies im Folgejahr kompensiert.» Die Parteienfinanzierung der FDP Schweiz wird seit Jahren von erstklassigen Revisionsfirmen revidiert. Die Revisionsgesellschaft bestätigt, dass die Partei keine Finanzierung von mehr als 1/15 des jährlichen Budgets aus der gleichen Quelle bezieht. Die FDP Schweiz wird die Namen der Spender weiterhin nicht offenlegen. Diskretion über die Spende gegenüber der Öffentlichkeit ist richtig und wichtig. Gönner sollen selber entscheiden, ob sie die Unterstützung einer Partei offenlegen wollen oder nicht. Es gibt auch noch Persönlichkeitsrechte, welche respektiert werden sollen. Mit diesen Regeln ist unserer Meinung nach sichergestellt, dass niemand unbotmässig Einfluss auf die Parteipolitik aufgrund finanzieller Zuwendungen machen kann. Wir sind der Meinung, dass damit auch genügend Transparenz hergestellt ist. Eine weitere Offenlegung würde möglicherweise zu einer Verringerung der Spendentätigkeit führen. Die Spender sollen doch selber entscheiden, ob sie ihren Namen publizieren wollen oder nicht. Bei einer weiteren Reduktion der Spenden wäre plötzlich die staatliche Parteienfinanzierung wieder im Gespräch. Und das wollen wir definitiv nicht. Wir wollen in dieser Frage nicht vom Staat abhängig sein. Wir sind der Meinung, dass man unabhängiger politisieren kann, wenn man sein Geld aus verschiedenen Quellen bezieht.

Die FDP-JF-CVP-Fraktion wird deshalb diese Motion einstimmig ablehnen.

Jürg Tanner (SP): Wenn man Abstimmungskämpfe macht, dann hat der Bürger jeweils ein Abstimmungsbüchlein, in dem die Vorlage beschrieben wird, und in der Regel äussern sich auch Gegner und Initianten darin. Es

gibt auch Leserbriefe und kleine Inserate. Dann gibt es aber auch noch etwas anderes, nämlich die grossen Manipulationen. Das sind grossflächig angezettelte Werbekampagnen, welche es mit der Wahrheit absolut nicht genau nehmen, Tatsachen verdrehen und Dinge ins Blaue posauen, die teilweise stumpfsinnig sind. Solche Kampagnen, meine Damen und Herren, gibt es auch auf kantonaler Ebene. Wir hatten zwei davon. Eine war für den Abzug bei kinderlosen Personen und die andere war zur HarmoS-Abstimmung. Ich habe mit jemandem gesprochen, der hier im Rat sitzt, und der hat mir die 100'000 Franken für die Kampagnen bestätigt. Netterweise nenne ich hier aber keinen Namen. Aber es war jemand aus der SVP. Ich weiss auch, wie die jährlichen Mitgliederbeiträge der Parteien aussehen. Sie betragen höchstens 100 Franken und teilweise sogar weniger. Wer hat also die 100'000 Franken für diese Kampagne gesprochen und überwiesen? Es war höchstwahrscheinlich Ulrich Schlüer, so munkelt man, es kann aber auch sonst einer der SVP-Volksmilliardäre gewesen sein. Man hat hier immer auf dieser Seite vor fremden Vögten gewarnt, und genau von solchen fremden Vögten lassen Sie sich bezahlen. Das ist es, was Ihnen stinkt. Es ist nicht der Neid der Besitzlosen, denn Sie haben ja nichts und sind besitzlos. Sie müssen sich von fremden Milliardären finanzieren lassen. Dagegen haben wir nicht einmal etwas. Wir könnten auch ein Verbot anstreben, wie das die Linken immer wieder machen. Das tun wir aber nicht. Aber man soll einfach hinstehen und sagen: Ich spende so und so viel Geld. Was ist das schon? Ganz interessant ist die Hirslanden-Geschichte. Da wird nun also eine Partei in diesem Kanton von einer privaten Konkurrenz der Spitäler finanziert. Das wurde heute so gesagt. Wir wissen es nicht. Wenn es nun ein Privater wäre, also ein Beamter, der solches Geld entgegennimmt, dann wären wir bei der Bestechung, meine Damen und Herren. Wir befinden uns im Graubereich zwischen Spenden und Korruption. Was spricht da gegen die Transparenz?

Es wurde auch die persönliche Freiheit zitiert. Da geht es nun um einen leichten Eingriff. Denn ich kann nach wie vor so viel spenden, wie ich will. Beispielsweise muss ich einen Betrag von mehr als 10'000 Franken offenlegen. Ich kann aber auch sagen, ich spende nur 9'900 Franken, und diese muss ich nicht offenlegen.

Damit hätten wir das Ende des Milizsystems. Ein Drittel der Parteien wird nicht von Konzernen und Milliardären finanziert und es handelt sich ebenfalls um Milizparlamentarier. Das sind nämlich die Linken und die Grünen. Nur, unsere Beiträge, das kann ich Ihnen sagen, sind wesentlich höher. Ich persönlich kann das schon transparent machen. Ich zahle meiner Partei jährlich deutlich mehr, als ich hier an Sitzungsgeldern einnehme. Wer von Ihnen tut das für seine Partei? Aber es ist sicher nicht eine Frage des Milizsystems, sondern es ist eine Frage der Transparenz.

Ich bitte Sie, obwohl ich sehe, dass die Meinungen gemacht sind, dennoch, vielleicht über Ihren Schatten zu springen. Die Motion ist meines Erachtens sehr harmlos und sehr offen formuliert. In einem Gesetz können Sie immer noch weitere Hürden und Einschränkungen einbringen. Stimmen Sie im Sinne der Transparenz und der Förderung der Demokratie dieser Motion bitte zu.

Kantonsratspräsident Christian Heydecker (FDP): Lieber Kollege Tanner, in aller Sachlichkeit: Die FDP Schaffhausen erhält kein Geld von der Hirslanden-Gruppe. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Iren Eichenberger (ÖBS): Ich hoffe nicht, dass dies das letzte Wort war. Wir erwarten noch einige Antworten aus den Fraktionen.

Zuerst spreche ich für mich persönlich, denn wir haben das nur vage diskutiert. Mich überzeugt der Antrag von Daniel Fischer. Ich habe auch eine konkrete Überlegung dazu. Seit einiger Zeit, ich glaube seit den letzten Wahlen, ist in der Stadt Schaffhausen die Plakatierung auch für Abstimmungen möglich. Das war früher nicht üblich. Es gab dazu im Vorfeld Diskussionen. Ich habe mich von Anfang an gegen diese Neuregelung gewehrt, da ich fand, dass dies unsinnig teuer wird für alle Parteien, denn wer nicht mitmachen kann, hat das Nachsehen. Genauso hat es sich bisher auch gezeigt. Oder man ist bereit, sehr viel Geld für Eintagsfliegen oder für unsinnige Forderungen aufzuwerfen, die man dann eben im Abstimmungskampf bekämpfen muss. Das sind unschöne Zwänge, in die wir uns da führen. Und es sind selbstverständlich immer die Kosten. Wenn man die Zeitungen vor den Abstimmungen anschaut, fragt man sich schon, wer denn überhaupt in der Lage ist, unter dem Jahr drei oder vier Mal diese Inserate zu bezahlen. Ich will jetzt keine einzelnen Parteien ins Visier nehmen, aber ich meine, grundsätzlich tun wir uns nichts Gutes, wenn wir von irgendwo so viel Geld zur Verfügung haben und dieses dann einschiesse. Ich finde, die Transparenz könnte ein sehr demokratisches und faires Mittel sein, diese Dinge im Rahmen zu halten.

Im Weiteren wurde das Argument angeführt, eine Kontrolle sei schwierig zu bewerkstelligen. Die Kontrolle muss aber ohnehin stattfinden, denn wir haben auch Fristen, die bei den Wahlen und Abstimmungen eingehalten werden müssen. Dazu ein kurzes Beispiel: Die SP hat im Jahr 2008 die Plakate zu den Stadtratswahlen zu früh aufgehängt. Das hat sehr viel böses Blut gegeben. Die Kontrolle findet ohnehin statt. Warum kann man sie nicht auch diesbezüglich organisieren?

Eine weitere Schwierigkeit, das stellen wir alle fest, ist, dass Wahlen und Abstimmungen immer mehr von Umfragewerten geprägt werden. Das passiert allerdings auf Bundesebene. Gerade deshalb wäre es an der Zeit, dass da auf Bundesebene etwas geschieht. Ich möchte Ihnen ans

Herz legen, diesen Vorstoss zu unterstützen. Für unsere Fraktion lasse ich es offen. Unsere Kassierin, die für das Geld zuständig ist, hat mir signalisiert, sie sei dafür. Folglich darf man annehmen, die ÖBS könnte dafür sein.

Daniel Fischer (SP): Besten Dank für die Antwort der Regierung, auch wenn ich natürlich gespürt habe, dass da gar kein Interesse bezüglich einer Offenlegung vorhanden ist.

Bezüglich des Futterneids hat Jürg Tanner bereits gesagt, es sei weiterhin alles möglich. Wenn wir Futterneid verspürten, hätten wir einen Deckel aufgesetzt und Spenden nur bis zu einem gewissen Betrag erlaubt. Dies wird auch auf eidgenössischer Ebene diskutiert. Die entsprechenden Volksinitiativen wurden noch nicht lanciert und sind inhaltlich immer noch in Bearbeitung.

Dann wurde erwähnt, in Bundesbern seien bereits fünf Vorlagen (Vorstösse) abgelehnt worden. Das ist auch kein Wunder, da dort die ganzen Empfänger sitzen und eine Mehrheit darstellen.

Umgehungsmöglichkeiten: Gerade Rechtsanwälte wie Christian Heydecker oder andere setzen sich immer wieder dafür ein, dass in Gesetzen Formulierungen wie «in der Regel», «ist anzustreben» Eingang finden. Man kann jedes Gesetz, das ist nun mal leider so, umgehen, wenn man will.

Warum will man geheim spenden können? Bei Privatpersonen verstehe ich das noch eher, deshalb setzen wir die Limite auch auf ungefähr 5'000 oder 10'000 Franken fest. Wer also mehr als 5'000 Franken spendet: Hut ab! Das kommt wahrscheinlich nicht gerade häufig vor. Darum wird diese Limite gesetzt. Das Geheime hat immer etwas von Misstrauen und Käuflichkeit und Bananenrepublik an sich. Wenn man mit Leuten aus den umliegenden Ländern spricht, so können die nicht verstehen, dass eine UBS zwischen einer Ständeratsversammlung und der Behandlung des gleichen Geschäfts im Nationalrat zufällig 150'000 Franken spenden kann. Und man spricht nicht einmal von Beeinflussung. So etwas sollte nicht mehr möglich sein. Es zielt ja auch vor allem auf die Unternehmen ab.

Warum haben wir noch keine richtige Bankenregulierung? Die Abzockerinitiative wird immer weiter verzögert, Parallelimporte sind nicht möglich, weil im Hintergrund Geld fliesst. Das ist einfach so.

Dann hören wir auch noch Argumente betreffend einen Eingriff in die Volksrechte. Undurchführbar, eine riesige Administration sei nötig. Warum soll in der Schweiz nicht möglich sein, was in allen anderen demokratischen Ländern auf Gesetzesstufe möglich ist? In Deutschland gibt es einen Spendenradar. Den kann man im Internet aufschalten und man sieht sofort, welche Unternehmen wie viel an welche Parteien spenden. Die tun das ja trotz dieses Radars.

Es freut mich, dass sich die FDP für klare Regelungen auf Bundesebene einsetzt. Aber ich bin gespannt, wie weit das wirklich zum Tragen kommt oder ob Fulvio Pelli, Präsident der FDP Schweiz, plötzlich wieder abschwenkt.

Es gibt verschiedene Verfahren, die man anwenden kann, die gar nicht mit einer so riesigen Bürokratie verbunden sind. Man kann die Spender verpflichten, dies in ihrem Geschäftsbericht offenzulegen – daher ist die Sache auch bei der Privatklinik herausgekommen –, oder man kann die Empfänger verpflichten, das jährlich einmal offenzulegen. Das ist alles offen gestaltet.

Ich werde bei der Abstimmung Namensaufruf verlangen.

Kantonsratspräsident Christian Heydecker (FDP): Daniel Fischer hat einen Antrag auf Namensaufruf gestellt. Dieser Antrag muss gemäss § 60 der Geschäftsordnung 12 Stimmen auf sich vereinigen, um zum Tragen zu kommen.

Abstimmung

Die nötigen 12 Stimmen für die Abstimmung unter Namensaufruf werden erreicht.

Abstimmung unter Namensaufruf über die Motion Fischer

Für die Erheblicherklärung der Motion stimmen: Richard Altorfer, Werner Bächtold, Franziska Brenn, Richard Bühler, Urs Capaul, Bernhard Egli, Iren Eichenberger, Daniel Fischer, Matthias Freivogel, Matthias Frick, Peter Gloor, Jakob Hug, Florian Keller, Martina Munz, Heinz Rether, Rainer Schmidig, Jonas Schönberger, Sabine Spross, Patrick Strasser, Jürg Tanner, Thomas Wetter, Regula Widmer.

Gegen die Erheblicherklärung der Motion stimmen: Franz Baumann, Werner Bolli, Heinz Brütsch, Elisabeth Bühler, Samuel Erb, Erich Gysel, Thomas Hauser, Beat Hedinger, Christian Heydecker, Florian Hotz, Martin Kessler, Ueli Kleck, Franz Marty, Georg Meier, Bernhard Müller, Markus Müller, Daniel Preisig, Stephan Rawyler, Peter Scheck, Hans Schwaninger, Manuela Schwaninger, Jeanette Storrer, Erwin Sutter, Dino Tamagni, Alfred Tappolet, Nihat Tektas, Felix Tenger, Gottfried Werner.

Entschuldigt abwesend sind: Theresia Derksen, Andreas Gnädinger, Franz Hostettmann, Beat Hug, Urs Hunziker, Thomas Hurter, Willi Josel, Peter Käppler, Ursula Leu. Bei der Abstimmung nicht anwesend ist Andreas Bachmann.

Mit 28 : 22 wird die Motion Nr. 2011/2 von Daniel Fischer betreffend Offenlegung von Zuwendungen an Politiker, Parteien und Komitees nicht erheblich erklärt. – Das Geschäft ist erledigt.

*

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr.